

Glanz und Elend der deutschen Geschichte

Schlüsselereignisse von 1870 bis 1945

Band 8

Das Märchen von Einigkeit, Recht und Freiheit ...

Band 8/108

Der französisch-deutsche Krieg 1870/71

Wir Deutsche fürchten Gott - und sonst nichts auf der Welt.

Otto Eduard L. Fürst von Bismarck (1815-1898, deutscher Politiker)

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung, zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung.

Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über den deutsch-französischen Krieg von 1870/71 (x804/793-797: >>(Deutsch-französischer Krieg von 1870/71) ... Am 19. Juli, 1½ Uhr nachmittags, erfolgte die offizielle Kriegserklärung Frankreichs.

Am gleichen Tag eröffnete der König den außerordentlichen Reichstag des Norddeutschen Bundes mit einer Thronrede ... Man nahm den Krieg voll Mut und Entschlossenheit an; man

hatte ihn nicht gesucht, sich aber darauf vorbereitet.

Um die fremden Mächte günstig für Deutschland zu stimmen, ließ Bismarck am 25. Juli in der "Times" den Entwurf eines Offensiv- und Defensivtraktates veröffentlichen, welchen Frankreich im Frühjahr 1867 Preußen wiederholt angetragen, dieses aber abgelehnt hatte. Nach diesem Traktat sollten Frankreich und Preußen sich verbinden, um für Frankreich die Erwerbung Luxemburgs und Belgiens, für Preußen die Anerkennung seiner Herrschaft über Deutschland zu bewirken.

Die Folge war eine große Entrüstung, namentlich in England; doch verhielt sich dessen Regierung gänzlich neutral in dem bevorstehenden Kampf. In Österreich und Italien waren allerdings maßgebende Persönlichkeiten nicht abgeneigt, Frankreich zu Hilfe zu kommen; doch waren beide Staaten noch nicht gerüstet und Österreich genötigt, auf Rußland Rücksicht zu nehmen.

Während man allgemein erwartete, daß eine Invasion in deutsches Gebiet der französischen Kriegserklärung unmittelbar folgen würde, kamen die ersten Tage des August heran, ohne daß ein französisches Korps jenseits der Grenze sich blicken ließ.

Die Ursachen dieser Zögerung waren aber sehr triftig: die Enttäuschung hinsichtlich der Haltung Süddeutschlands, die höchst umständliche und zeitraubende Einziehung der Reserven, der bedenkliche Mangel an Material, Proviant, Munition etc., die, in Paris konzentriert, nicht rasch genug verteilt werden konnten, endlich die unzureichende, den Angaben auf dem Papier nicht entsprechende Zahl der Mannschaften.

Die gesamte Streitmacht, welche Anfang August schlagfertig stand, die sog. Rheinarmee, zählte nicht mehr als 250.000 Mann. ... Den Oberbefehl übernahm der Kaiser Napoleon III. selbst, der die Kaiserin in Paris zur Regentin einsetzte und am 28. Juli in Metz eintraf; der bisherige Kriegsminister Leboeuf wurde Generalstabschef. ...

In Deutschland, wo die Mobilmachung in nicht viel mehr als einer Woche vollendet wurde, wurde beschlossen, drei Armeen aufzustellen, sämtlich unter dem Oberbefehl des Königs von Preußen, dem Moltke als Chef des Generalstabs zur Seite trat, und diese am Mittelrhein auf der Operationsbasis Koblenz-Mainz-Mannheim zu konzentrieren.

Die erste Armee unter dem Kommando des Generals von Steinmetz bildete den rechten Flügel; sie bestand aus dem 7. und 8. Armeekorps, der 1. und 3. Kavalleriedivision und war 60.000 Mann stark mit 180 Geschützen. Das Hauptquartier war in Koblenz.

Die zweite Armee unter dem Kommando des Prinzen Friedrich Karl von Preußen bildete das Zentrum; sie bestand aus dem Gardekorps, dem 3., 4., 9., 10. und 12. Armeekorps, der 5. und 6. Kavalleriedivision und war 194.000 Mann stark mit 534 Geschützen. Das Hauptquartier war in Mainz.

Die dritte Armee unter dem Kommando des Kronprinzen von Preußen bildete den linken Flügel; sie bestand aus dem 5. und 11. norddeutschen Armeekorps, dem 1. und 2. bayerischen Korps und dem kombinierten württembergisch-badischen Korps. Sie zählte 130.000 Mann mit 480 Geschützen; das Hauptquartier war in Mannheim.

Die Gesamtzahl der in erster Linie aufgestellten Macht betrug demnach 384.000 Mann mit 1.194 Geschützen. In Reserve blieben das 1. und 2. Armeekorps bei Berlin, das 6. in Schlesien. Den Küstenschutz übernahmen die 17. Division und 3 Landwehrdivisionen unter General Vogel von Falckenstein.

Da die Franzosen, welche überdies von der Zahl und den Bewegungen der deutschen Truppen keine genügende Kenntnis hatten, nicht zur Offensive schritten, so setzten sich am 30. Juli die deutschen Heere gegen die französische Grenze in Bewegung.

Am 2. August wurde von dem 2. französischen Korps, Frossard, in Gegenwart des Kaisers und des kaiserlichen Prinzen ein Angriff auf Saarbrücken ausgeführt, wo nur etwa 1.000 Mann preußische Truppen lagen, die sich nach längerem Gefecht zurückzogen, worauf die

Franzosen die Stadt kurze Zeit besetzten, ohne indes weiter vorzudringen.

Trotzdem schon 14 Tage seit der Vereinigung der Rheinarmee an der Westgrenze verstrichen waren, befand sich dieselbe noch immer nicht in der Lage, einen allgemeinen Angriff zu unternehmen. Das Korps Douay bei Belfort war noch nicht vollzählig, das 6. und Gardekorps erst auf dem Marsch nach Metz.

Daher fiel die Offensive der deutschen Armee zu, welche sich durch Heranziehung des 1., 2. und 6. Korps um 100.000 Mann verstärkt hatte.

Die erste Armee marschierte gegen die Saar, die zweite Armee zog mitten durch die Rheinpfalz, die dritte Armee, bei Landau und Germersheim konzentriert, marschierte nach der Lauter. Die letztere Armee kam zuerst mit der 2. Division des Korps von Mac-Mahon, welche unter General Douay in Weißenburg stand, in Berührung.

Nach heftigem, erbittertem Kampf wurde am 4. August von dem 5. und 11. preußischen und dem 2. bayerischen Armeekorps Weißenburg und der dahinterliegende Geisberg erstürmt, wobei Douay selber fiel. Der Kronprinz setzte alsbald seinen Marsch über Weißenburg hinaus fort und traf bei Wörth auf Mac-Mahon, welcher mit etwa 50.000 Mann auf den Höhen von Fröschweiler eine starke Position eingenommen hatte.

Die Schlacht, welche, entgegen der ursprünglichen Absicht, schon am 6. August mit einem Angriff der Bayern und des 5. Korps begann, endigte nach tapferem Widerstand der Franzosen am Nachmittag mit der gänzlichen Niederlage Mac-Mahons.

Am selben Tag wurde von Truppen der ersten und zweiten Armee nach heldenmütiger Erstürmung der Spicherner Höhen das Korps Frossard geschlagen, worauf die ganze Rheinarmee sich auf Metz zurückzog. Allerdings wurde hierdurch die erste Idee der deutschen Heeresleitung, den Feind durch Umfassung seiner rechten Flanke auf dem rechten Moselufer zur Entscheidungsschlacht zu zwingen, vereitelt. Auch verlor die dritte Armee die Fühlung mit dem besiegten Feind, so daß Mac-Mahon und Douay sich mit Hilfe der Eisenbahn unbehelligt ins Lager von Chalons zurückziehen konnten.

Dennoch waren diese ersten Siege der Deutschen von der größten Bedeutung. Sie erfüllten das deutsche Volk mit freudiger Siegeszuversicht, Österreich gab seine Absicht, in den Kampf zu Gunsten Frankreichs einzugreifen, auf, in Frankreich rief die Kunde von den unerwarteten Niederlagen die größte Bestürzung hervor. ...

Der Plan, eine Landung in Norddeutschland zu unternehmen, wurde aufgegeben und die Aushebung aller waffenfähigen Männer beschlossen. Die Wut gegen das siegreiche Deutschland äußerte sich darin, daß sämtliche ansässigen Deutschen aus Frankreich vertrieben wurden. Der Kaiser legte am 12. August den Oberbefehl der Rheinarmee nieder und übergab ihn Bazaine, blieb aber bei der Armee. ...

Am 17. August nahm Bazaine westlich von Metz auf den Höhen von St.-Privat im Norden bis Rozérieulles im Süden mit 140.000 Mann eine starke Defensivstellung ein, in welcher er den Angriff der Deutschen erwartete. Derselbe erfolgte am 18. August, indem die erste Armee (7. und 8. Korps) gegen den linken französischen Flügel bei St.-Hubert vorging, die zweite Armee (9., 12. und Gardekorps mit dem 3. und 10. Korps in Reserve) den rechten feindlichen Flügel bei Amanvillers und St.-Privat angriff. Der König von Preußen leitete persönlich die Schlacht von Gravelotte aus. Bazaine richtete seine Hauptkraft auf die Behauptung von St.-Hubert, und hier konnte erst am Abend durch das Eingreifen des 2. Korps ein Erfolg erzielt werden. Dagegen gelang es dem 12. Korps und der Garde, den rechten Flügel der Franzosen in der Flanke zu fassen und gänzlich zu zerschmettern, so daß Bazaine sich in der Nacht hinter die Forts zurückziehen mußte.

Das Ergebnis der drei Schlachttage von Metz, 14., 16. und 18. August, das allerdings mit dem ungeheuren Verlust von 1.832 Offizieren und 39.000 Mann erkauft wurde, war, daß der Abmarsch der französischen Rheinarmee nach Chalons verhindert und dieselbe in Metz einge-

geschlossen wurde. ...

Der Kriegsminister Palikao erteilte ... Mac-Mahon den Befehl, durch einen Marsch in der rechten Flanke der vorrückenden deutschen Armeen etwa bei Diedenhofen eine Vereinigung mit Bazaine, der gleichzeitig aus Metz herausbrechen werde, zu bewerkstelligen. ...

Am 21. August brach die Armee (mit etwa 130.000 Mann) aus dem Lager auf, um über Reims, Rethel und Montmédy nach Diedenhofen zu marschieren. ... Bereits am 27. August wurden die Franzosen von der Kavallerie des Kronprinzen bei Buzancy erreicht.

König Wilhelm befahl nun, daß die Maasarmee und zwei von Metz herangezogene Korps dem Feinde den Weg nach Metz verlegen, die dritte Armee aber ihn im Westen umfassen und nach der belgischen Grenze drängen sollte.

Diese Operationen wurden pünktlich und sicher ausgeführt, am 30. August wurde das 5. Korps der Franzosen bei Beaumont eingeholt und zersprengt und Mac-Mahon, ehe er sich nach Mézières retten oder über die belgische Grenze gehen konnte, am 1. September bei Sedan zur Schlacht gezwungen.

Nachdem die französische Armee im Norden der Festung völlig umzingelt wurde, war weiterer Widerstand nutzlos; am 2. September mußte General Wimpffen, des verwundeten Mac-Mahon Nachfolger, die Kapitulation von Sedan unterzeichnen, durch welche, außer den 21.000 in der Schlacht gefangenen, 83.000 Franzosen, darunter 2.866 Offiziere, in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Nur das 13. Korps entkam den Deutschen und rettete sich nach Paris.

Der Versuch, den Bazaine am 31. August machte, die deutsche Frontlinie vor Metz auf dem rechten Moselufer zu durchbrechen, wurde in der zweitägigen Schlacht von Noisseville zurückgewiesen. Die eine französische Armee war also in Metz eingeschlossen, die andere kriegsgefangen, das stolze Heer des Kaiserreiches vernichtet.

Kaiser Napoleon hatte sich schon am 1. September dem König Wilhelm als Kriegsgefangener ergeben. In persönlichen Unterredungen mit Bismarck und dem König machte er nur den Versuch, das Schicksal der Armee von Sedan zu mildern, lehnte aber Friedensverhandlungen ab.

...

Die deutschen Korps setzten sich ... von Sedan sofort gegen die Hauptstadt in Bewegung, in welcher allerdings an Liniengruppen, Mobil- und Nationalgarden gegen 400.000 Mann versammelt waren, indes noch ein solches Chaos herrschte, daß am 19. September die deutsche Armee ohne alle Schwierigkeiten die Einschließung von Paris vollenden konnte. ...

Da zu einer Beschießung kein schweres Geschütz zur Stelle, zu einem gewaltsamen Angriff die (deutsche) Armee (ca. 130.000 Mann) viel zu schwach war, so war man ... genötigt, sich auf Einschließung und Aushungerung der Stadt zu beschränken, die aber über Erwarten spät zum Ziel führte, da es den Franzosen gelungen war, die Hauptstadt noch rechtzeitig in wirklich großartiger Weise zu verproviantieren.

Daneben wurde durch energische Belagerung der Festungen im östlichen Frankreich der Rücken gedeckt und die Verbindung mit Deutschland gesichert.

Am 23. September fiel Toul, wodurch die Armee vor Paris eine Bahnverbindung mit dem Rhein erhielt, am 27. wurde Straßburg nach regelrechter Beschießung zur Kapitulation gezwungen ...

(Nach) ... der Kapitulation von Metz am 27. Oktober fielen 173.000 Mann mit 6.000 Offizieren in deutsche Gefangenschaft, und die erste und zweite deutsche Armee wurden für den Schutz der Armee vor Paris und für den Krieg in der Provinz verwendbar, der nun mit Tatkraft und Erfolg geführt wurde.

General von Manteuffel rückte mit dem 1. und 8. Korps nach dem Norden, warf die Franzosen am 27. November bei Amiens zurück, besetzte am 18. November diese Stadt, am 5. Dezember Rouen und am 9. Dezember Dieppe. ...

Im Januar 1871 sollte sodann der Hauptangriff auf die Deutschen auf verschiedenen Punkten zugleich erfolgen: die Pariser Armee sollte einen großen Ausfall machen, Faidherbe von Norden und Chanzy von Westen demselben entgegenkommen; der entscheidende Schlag sollte aber im Osten geführt werden, indem Bourbaki durch einen kühnen Zug auf Belfort dieses zu entsetzen, Werders Korps zu zersprengen und durch rasches Vordringen in das Moselgebiet die Deutschen vor Paris und in Orléans von ihrer Verbindung mit dem Rhein und ihrer Verpflegung abzuschneiden beauftragt wurde.

Obwohl Trochu einen neuen Ausfall für aussichtslos hielt, so ließ er ihn doch zu: am 19. Januar versuchten 100.000 Mann vom Fuß des Mont Valérien aus nach Westen durchzubrechen, wurden aber vom preußischen Korps unter empfindlichen Verlusten zurückgewiesen.

An demselben Tag erlitt Faidherbe durch Goeben bei Saint-Quentin eine völlige Niederlage und mußte ... in die nördlichen Festungen flüchten.

Der Chanzyschen Armee kam Friedrich Karl mit dem Angriff zuvor: in den siebentägigen Gefechten von Le Mans (6.-12. Januar) wurde dieselbe bis Laval zurückgeschlagen und für längere Zeit kampfunfähig gemacht.

Der Vormarsch Bourbakis gegen Belfort zwang zwar Werder, Dijon zu räumen und westlich der Festung zum Schutz der Belagerung an der Lisaine eine feste Stellung zu nehmen. Der Versuch der Franzosen, dieselbe zu erstürmen, wurde vom 15.-17. Januar von den deutschen Truppen abgeschlagen ...

Da nun in Paris die Lebensmittel trotz größter Vorsicht gänzlich auszugehen drohten, mußte sich die Regierung zu Verhandlungen entschließen. Nach mehrtägigen Unterhandlungen zwischen Bismarck und Jules Favre in Versailles wurde am 28. Januar eine Konvention abgeschlossen, in welcher ein Waffenstillstand auf 21 Tage und zugleich die Übergabe sämtlicher Forts um Paris von Favre zugestanden wurden. ...

Die am 12. Februar zu Bordeaux eröffnete Nationalversammlung ernannte am 17. Februar Thiers zum Chef der Exekutivgewalt der französischen Republik und beauftragte ihn mit Eröffnung der Friedensunterhandlungen. Dieser begab sich am 21. Februar nebst den Ministern Favre und Picard und einer von der Nationalversammlung gewählten diplomatischen Kommission von 15 Mitgliedern in das deutsche Hauptquartier zu Versailles, um die Unterhandlungen anzuknüpfen.

Von der deutschen Regierung wurde die Abtretung von Elsaß-Lothringen mit Straßburg, Metz und Belfort und eine Kriegskontribution von 6 Milliarden Franc verlangt. Die französischen Unterhändler brachten die Geldforderung auf 5 Milliarden herab, bis zu deren Abzahlung französisches Territorium besetzt bleiben sollte, und setzten durch, daß die Festung Belfort bei Frankreich verblieb.

Die auswärtigen Mächte, besonders England, hätten sich gern in die Verhandlungen zu Gunsten Frankreichs eingemischt; indes der Reichskanzler bestand darauf, daß Deutschland, das den Krieg allein ausgefochten, auch allein den Frieden schließe.

... Da aber dort die französischen Diplomaten unerwartete Schwierigkeiten machten, stockten die Unterhandlungen längere Zeit, bis die deutsche Regierung entschieden den Abschluß forderte.

Darauf wurde am 6. Mai der Kongreß nach Frankfurt verlegt, und hier kam am 10. Mai im Gasthof zum Schwan der Frankfurter Friede zustande, den von deutscher Seite Bismarck und Graf Arnim, von französischer Jules Favre, Pouyer-Quertier und Goulard unterzeichneten. ...

So endigte nach einer Dauer von 180 Tagen dieser Krieg, in welchem 15 größere Schlachten und weit über 100 Gefechte, fast alle für die Deutschen siegreich, geschlagen, 370.000 Franzosen nebst 12.000 Offizieren gefangen nach Deutschland abgeführt, gegen 7.400 Geschütze und 107 Fahnen von den Deutschen erbeutet wurden; im ganzen hatten 26.000 Offiziere und 702.000 Mann des französischen Heeres die Waffen strecken müssen.

Die französischen Verluste beliefen sich auf 80.000 Tote und 14 Milliarden an Kriegskosten. Der deutsche Gesamtverlust betrug 6.247 Offiziere und Ärzte und 123.453 Mann, darunter ca. 40.080 Tote. Insgesamt wurden von deutscher Seite 44.420 Offiziere und 1.451.944 Mann unter Waffen gestellt, davon 33.101 Offiziere und 1.113.254 Mann zum Krieg verwendet. Der Gewinn des Krieges war nicht bloß die Wiedergewinnung von Elsaß-Lothringen und der Festungen Straßburg und Metz, sondern auch die Gründung eines Deutschen Reiches, welches letzteres schon während des Krieges am 18. Januar 1871 in Versailles errichtet wurde.<<

Deutsch-französischer Frieden

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden Franc Kriegsentschädigung zahlen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

Bis zur Zahlung der Kriegsentschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach. Bis 1918 verließen etwa 128.000 Franzosen Elsaß und Lothringen (x056/245).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über die Geschichte Elsaß-Lothringens (x805/580-582): >>(Elsaß-Lothringen) ... Der erste ernstliche Versuch, Straßburg dem französischen Reich einzuverleiben, wurde vom König Heinrich II. von Frankreich gemacht, als er (im Jahre 1552) Metz, Toul und Verdun dem Deutschen Reich entriß. Die Verlockungen und Drohungen des französischen Hofes vermochten jedoch die Straßburger nicht einzuschüchtern.

Eine der entscheidendsten Wendungen im gesamten Schicksal des Elsaß in der neueren Zeit trat durch den Vertrag der österreichischen Erzherzöge mit der Krone von Spanien (20. März 1617) ein, wonach alle Rechte des habsburgischen Hauses im Elsaß an die spanische Linie desselben abgetreten wurden. Man muß diesen Umstand im Auge behalten, wenn man die zunehmenden Sympathien für Frankreich während des Dreißigjährigen Krieges unter den Elsässern richtig beurteilen will.

Seit dem 20. März 1617 war ihnen die Wahl nur zwischen der Abhängigkeit von Spanien und der von Frankreich gelassen. Das letztere erhielt im Westfälischen Frieden genau diejenigen Rechte und Besitzungen, welche Österreich unmittelbar vor Ausbruch des Krieges den Spaniern abgetreten hatte. Der günstigste Fall für die Entwicklung des Elsaß wäre eingetreten, wenn sich Herzog Bernhard von Weimar, wie er beabsichtigte, in dem Grenzland eine selbständige fürstliche Gewalt zu schaffen vermocht hätte. Aber was mit französischem Geld und französischer Unterstützung gewonnen war, sollte auch den Franzosen zu gute kommen. Bernhards Tod lieferte das Elsaß in die militärische Gewalt der Franzosen.

Elsaß unter französischer Herrschaft.

Die Rechte der Reichsstände im Elsaß waren durch den Westfälischen Frieden allerdings besonders anerkannt und wahrgenommen worden. Allein die Art und Weise, wie von seiten Frankreichs der Westfälische Friede ausgelegt wurde, gestattete eine Ausdehnung der Ober-

hoheit der französischen Krone selbst über die Reichsstädte, in welchen Frankreich durch jenen Frieden eigentlich nur die bis dahin von den Habsburgern geübten Vogteirechte erhielt. Die Eroberungen, welche die Franzosen seit dem Westfälischen Frieden im Elsaß machten, waren vorherrschend administrativer Natur. Hierbei wurden sie von einheimischen Elsässern bestens unterstützt.

Auch das Beginnen der Reunionskammern Ludwigs XIV. machte im Elsaß nicht jenen abstoßenden und empörenden Eindruck, den man sonst und bis auf den heutigen Tag davon empfand. Das Hereinziehen der verschiedenen kleinen Herrschaften unter das herrschende Gesetz von Frankreich erschien den minder begünstigten Ständen des alten zerrissenen Reichslandes als ein wesentlicher Fortschritt.

Auch in Straßburg machten sich seit dem Abschluß des Westfälischen Friedens viele hervorragende Personen mit dem Gedanken vertraut, daß die Stadt früher oder später unter die Schutzhoheit der französischen Krone kommen werde. Der einzige Mann, welcher im Elsaß, durch Jahresgehalt und regelmäßige Dotationen gewonnen, offen für das Interesse Frankreichs wirkte, war der Bischof Franz Egon von Fürstenberg, welcher jedoch in dem protestantischen Straßburg gar keinen Einfluß besaß.

Mehr als 100 Jahre hindurch änderte die französische Herrschaft im Elsaß an den nationalen Verhältnissen des Landes nichts. In gewisser Art kam der deutsche Charakter des Volkes gerade im 17. und 18. Jahrhundert literarisch und wissenschaftlich erst recht zur Geltung. Innige Beziehungen zwischen Deutschland und der entrissenen Mark blieben auf dem geistigen Gebiet bis zur französischen Revolution bestehen. Von Straßburg war Philipp Jakob Spener ausgegangen, dessen Richtung auf das praktische Christentum im Elsaß immer einheimisch gewesen und schon in Tauler, in Kaisersberg und in den Straßburger Reformatoren hervorgetreten war.

Die Universität in Straßburg gelangte unter der französischen Regierung ebenfalls zur vollen Blüte und zu großem Ansehen. Besonders waren es Juristen, Historiker und Philologen, welche eine große Anziehungskraft ausübten: Johannes Schilter, Jeremias Oberlin und Johann Scherz, Johann Daniel Schöpflin, Schweighäuser. Goethes Aufenthalt in Straßburg fällt gleichzeitig mit demjenigen Herders in die Jahre 1770 und 1771. Inzwischen waren die Franzosen auf dem politischen und ökonomischen Gebiet desto tätiger, die Einheit der Interessen der deutschen Provinz mit denen des französischen Reiches herzustellen.

Industrie und Handel wurden gehoben. Der Tabakanbau, wohl schon seit 1620 im Elsaß begonnen, wurde durch die französische Regierung eine Quelle des Landeswohlstandes. Auch die Weinproduktion, welche am Beginn der französischen Herrschaft unter dem Druck der neuen Staatsgrenzen litt, hob sich im Lauf des 18. Jahrhunderts bedeutend. In den Städten waren zwar die alten Verfassungen unangetastet geblieben, doch gewöhnte man allmählich die Bevölkerung an den Einfluß der französischen Administration. Die Regierung ernannte die sogenannten Prätores, welche mit den konservativen Stadträten zwar meist im Streit lagen, aber doch energisch für Verbesserung der Zustände wirkten.

Gewaltig waren aber die Änderungen in den konfessionellen Verhältnissen des Landes. Schon unter Ludwig XIV. wurden die abscheulichsten Gewaltmaßregeln zur Katholisierung der Bevölkerung in Anwendung gebracht, daher überwog seit der Mitte des 18. Jahrhunderts in Straßburg das katholische Element. Beim Ausbruch der Revolution in Paris war das Land konservativ und partikularistisch gesinnt.

Erst nachdem durch die Beschlüsse der französischen Nationalversammlung vom 4. August 1789 die alten städtischen Einrichtungen beseitigt worden waren, gelangten in Straßburg die Franzosenfreunde zur Regierung. Die Elsässer traten damals mit Begeisterung für die Ideen der konstitutionellen Monarchie ein und bewahrten auch ihren konstitutionellen Patriotismus gegenüber den einrückenden Heeren Österreichs und Preußens 1792.

Seit dem Februar 1793 stand das Elsaß unter der Diktatur von Konventskommissaren, denen sich deutsche Jakobiner, wie Eulogius Schneider, zur Verfügung gestellt hatten. Allein das deutsche Jakobinertum war den Franzosen verdächtig. Der Straßburger Maire Monet aus Savoyen machte den Vorschlag, alle deutsch sprechenden Elsässer zu deportieren und das Land an französische Sansculotten zu verteilen.

Der Sturz Robespierres und seiner Parteigenossen in Paris brachte indessen dem Elsaß ruhigere Tage, und in den folgenden Jahren wuchsen die Sympathien für Frankreich in einer erstaunlichen Weise. Teils die Errungenschaften der Revolution, teils die militärische Schule unter Napoleon I. brachten den Bruch des Elsaß mit seiner deutschen Vergangenheit zum Abschluß. Wichtig für die Territorialverhältnisse des Elsaß war die Annexion der Stadt Mülhausen (1798), die, obwohl sie die französische Oberherrschaft anerkannte, doch eine selbständige Republik im Bund mit den Schweizern geblieben war. In der großen Armee Napoleons spielten viele Elsässer eine hervorragende Rolle. Kellermann, Kléber und Rapp waren Elsässer.

Als nach der Schlacht bei Leipzig die verbündeten Armeen den Rhein überschritten und österreichische Truppen in den letzten Tagen des Dezembers 1813 das obere Elsaß besetzten, während Wittgensteins russisches Korps durch Niederelsaß zog, war die Gesinnung der Städte und der Landbevölkerung eine sehr feindselige.

Der in den siegreichen deutschen Armeen aufgekommene Gedanke, das Elsaß dem Deutschen Reich zurückzugewinnen, wurde von der Diplomatie vereitelt. Die französischen Departements des Ober- und Niederrheins, von Präfekten regiert, entsprachen ziemlich genau den Grenzen des alten Sundgaves und Nordgaves. Nur Landau kam durch den zweiten Pariser Frieden an Bayern. ...

Seit der Restauration machten alle französischen Regierungen gleichmäßig den Versuch, die französische Sprache im Elsaß zur ausschließlichen Herrschaft zu bringen und die deutsche auszumerzen. Unter der Regierung des zweiten Kaiserreiches gelang dieser Versuch zum Teil durch die Unterstützung, die der katholische Klerus dabei leistete.

Dennoch hielten die Elsässer in der Wissenschaft und in der Dichtung die deutsche Muttersprache mit wahrhaft erstaunenswerter Zähigkeit fest, und selbst die literarischen Vereine bedienten sich bis auf die neueste Zeit häufig des Deutschen bei ihren Publikationen. Nachmals konnte freilich zuweilen die Bemerkung gemacht werden, daß diese Eigentümlichkeit der Deutsch-Franzosen im Elsaß wenig Bedeutung für politische und nationale Gesinnung habe. Während des deutsch-französischen Krieges 1870/71 bezeugten die Elsässer bei jeder Gelegenheit ihre Sympathien für Frankreich. Die Verschmelzung Elsaß-Lothringens mit Deutschland war durch die eigentümliche Stellung, in die es zu dem neuen Deutschen Reiche gebracht wurde, nicht wenig erschwert.

Der Bundesrat beschloß nämlich, Elsaß-Lothringen für ein Reichsland zu erklären, über welches das Reich selbst der Träger der Souveränität war, und dessen Landesgesetzgebung dem Bundesrat und dem Reichstag zufiel. Doch verlangte der Bundesrat für einige Jahre die Diktatur, welche ihm auch am 3. Juni 1871 vom Reichstag bis zum 1. Januar 1874 bewilligt wurde. Hierauf wurde das Reichsland nach Abberufung des Generalgouverneurs Graf Bismarck-Bohlen und des Zivilkommissars Kühlwetter nach dem Muster einer preußischen Provinz organisiert. ...

Die drei alten Departements wurden in Regierungsbezirke verwandelt, diese wieder in 22 Kreise eingeteilt und am 24. Januar 1873 die Bildung von Kreis- und Bezirkstagen angeordnet.

Die Bevölkerung verhielt sich der deutschen Verwaltung gegenüber teils gleichgültig, teils feindlich. ...<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke (1834-1896) schrieb später über die Annexion Elsaß-Lothringens (x239/144-145): >>Der Gedanke, ... welcher, zuerst leise anklopfend

wie ein verschämter Wunsch, in vier raschen Wochen zum Feldgeschrei der Nation wurde, lautet kurzab: heraus mit dem alten Raube, heraus mit Elsaß und Lothringen! ...

Wir schulden dem Weltteil eine dauerhafte Sicherung des Völkerfriedens, und wir werden sie, soweit Menschenkräfte reichen, nur dann erlangen, wenn von den befestigten Pässen der Vogesen deutscher Feuerschlünde in das welsche Land herniederschauen und unsere Heere in wenigen Märschen in die Ebene der Champagne herabsteigen können, wenn ... das geschwächte Frankreich nicht mehr wagen darf, uns anzugreifen. ...

Vor der heiligen Notwendigkeit dieser großen Tage wird die Lehre von dem Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen, die lockende Losung vaterlandsloser Demagogen, jämmerlich zuschanden.

Diese Lande sind unser nach dem Rechte des Schwertes, und wir wollen über sie verfügen kraft eines höheren Rechtes, kraft des Rechtes der deutschen Nation, die ihren verlorenen Söhnen nicht gestatten kann, sich für immer dem Deutschen Reiche zu entfremden. ...<<

Gerd Schultze-Rhonhof (von 1959-1996 Angehöriger der deutschen Bundeswehr, seit 1991 Generalmajor, Autor des 2003 erschienenen Sachbuch-Bestsellers "1939 - Der Krieg, der viele Väter hatte") berichtete später über die französisch-deutsche Erbfeindschaft (x320/12-13):

>>Die Spannungen zwischen Deutschen und Franzosen, die das Verhältnis beider Völker 1914 prägen, haben tiefe Wurzeln. Schon 1555 beginnen die Könige von Frankreich, ihr Staatsgebiet nach Osten zum Rhein hin auszudehnen. Sie nutzen innerdeutsche Streitigkeiten und den Druck der Türken auf das Reich, um sich zuerst die deutschen Festungsstädte Metz, Toul und Verdun, dann zehn elsässische Städte, dann Teile Lothringens und zum Schluß das ganze Elsaß anzugliedern. Die deutsche Muttersprache der Elsässer ist den Franzosen dabei kein Hindernisgrund. ...

1870 versucht Frankreich ein weiteres Mal, sich Luxemburg, die Pfalz und das Saarland anzugliedern und seine Grenze zum Rhein hin zu verschieben. Es verursacht, erklärt, beginnt und verliert den Krieg mit Deutschland und muß dafür mit der Abtretung Elsaß-Lothringens bezahlen. ...

1872 kann die Bevölkerung "optieren": 10,3 Prozent bekennen sich zu Frankreich und fünf Prozent wandern dorthin ab.

Frankreich sucht sich rechtzeitig Verbündete, um Elsaß und Lothringen bei Gelegenheit zurückzuholen. 1894 schließt es den Zweibund mit Rußland. 1912 gibt Präsident Poincaré der russischen Regierung die Zusicherung, daß Frankreich Rußland militärisch unterstützen werde, gleichgültig, ob Rußland angegriffen werde oder selbst den Krieg beginne.

Frankreich schließt 1904 die sogenannte Entente cordiale mit Großbritannien und holt sich 1911 die Zusage Englands auf Heeresunterstützung für den Fall eines Krieges mit dem Deutschen Reich. Damit stehen Frankreich zwei mächtige Verbündete zur Seite: Großbritannien und Rußland.

... In Deutschland ist man sich zwar des tiefen Grolls bewußt, den die Franzosen aufgrund des Verlusts von Elsaß und Lothringen hegen, aber ein Gefühl von Unrecht hat man in Deutschland deshalb nicht. Landabtretungen nach verlorenen Kriegen waren damals üblich. Und die eroberte Bevölkerung ist der Muttersprache nach ohnehin überwiegend deutsch. Vor dem Ersten Weltkrieg sprechen im Elsaß und in Lothringen immerhin noch 1,3 Millionen Bürger Deutsch, Französisch dagegen nicht ganz 200.000. Aus deutscher Sicht werden diese Gebiete deshalb nicht als Anlaß für den Krieg begriffen. ...<<

Bilanzierung und Bewertung des französisch-deutschen Krieges 1870/71

Als der deutsche Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen (ein katholischer Verwandter des preußischen Königs Wilhelm I.) im Mai 1870 das Angebot der spanischen Regierung vom September 1869 (Kandidatur für den spanischen Königsthron - Königin Isabella hatte man

bereits 1868 aus Spanien vertrieben) annahm, reagierte der französische Kaiser Napoleon III. erwartungsgemäß empört ("Umklammerung durch Deutschland und Spanien").

Obwohl König Wilhelm I. nach dem Protest des französischen Botschafters Graf Benedetti (1817-1900) unverzüglich einlenkte und Prinz Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen am 12. Juli 1870 auf den spanischen Königstitel verzichtete, verlangte der französische Kaiser aus Prestige Gründen eine schriftliche Verzichtserklärung für alle zukünftigen spanischen Königstitel.

Der preußische König reagierte daraufhin zwar erbost und verstimmt, doch er lehnte diese völlig übertriebene, für damalige Verhältnisse unverschämte Forderung zunächst in bestimmter, aber höflicher Form ab (x215/328). Anschließend ließ Wilhelm I. die Erklärung per Telegramm an Bismarck weiterleiten und beauftragte den preußischen Ministerpräsidenten, diese gemäßigte Ablehnung in den preußischen Zeitungen zu veröffentlichen (sog. "Emser Depesche").

Bismarck wählte für die Zurückweisung des preußischen Königs jedoch bewußt eine gekürzte Fassung, so daß die Erklärung plötzlich ungewöhnlich schroff wirkte, denn Bismarck hatte im Gegensatz zum preußischen König beschlossen, die französische Herausforderung anzunehmen.

Bismarck berichtete später über die "Emser Depesche" (x056/248): >>(Ich empfang Telegramme), ... daß der Prinz von Hohenlohe der Kandidatur entsagt habe, um den Krieg abzuwenden, mit dem uns Frankreich bedrohte, und daß der König nach den französischen Bedrohungen ... im Parlament und in der Presse mit (dem französischen Botschafter) Benedetti zu verhandeln fortfuhr. ...

Mein erster Gedanke war, aus dem Dienste zu scheiden, weil ich ... in diesem erpreßten Nachgeben eine Demütigung Deutschlands sah, die ich nicht ... verantworten wollte. ... Zum Rücktritt entschlossen, ... (speiste ich am 13. Juli mit dem Kriegsminister von Roon und dem Generalstabschef von Moltke. Als mir während der Unterhaltung ein Telegramm überbracht wurde), ... las ich dasselbe meinen Gästen vor, deren Niedergeschlagenheit so tief wurde, daß sie Speise und Trank verschmähten.

Bei wiederholter Prüfung des Aktenstücks verweilte ich bei der ... Ermächtigung Seiner Majestät, den Inhalt ganz oder teilweise zu veröffentlichen. Ich stellte an Moltke einige Fragen in bezug auf ... den Stand unserer Rüstungen. ... Er antwortete, ... er halte den schnellen Ausbruch (des Krieges) ... für uns für vorteilhafter als eine Verschleppung.

Der Haltung Frankreichs gegenüber zwang uns nach meiner Ansicht das nationale Ehrgefühl zum Kriege. ... (Im anderen Falle) verloren wir auf dem Wege zur Vollendung unserer nationalen Entwicklung den ganzen 1866 gewonnenen Vorsprung. ... Ich ... reduzierte in Gegenwart meiner beiden Tischgäste das Telegramm durch Streichungen, ohne ein Wort hinzuzusetzen oder zu ändern ...

(Moltke bemerkte: Gegen vorher klingt das) "jetzt wie eine Fanfare in Antwort auf eine Herausforderung". Ich erläuterte: "Wenn ich diesen Text an die Zeitung (und) ... alle Gesandtschaften mitteile, so wird er ... in Paris ... den Eindruck des roten Tuches auf den ... Stier machen. Schlagen müssen wir, wenn wir nicht den Eindruck des Geschlagenen ohne Kampf auf uns nehmen wollen. ... Wichtig ist, daß wir die Angegriffenen seien." ... (Die beiden Generäle) ... hatten plötzlich Lust zu essen und zu trinken wiedergefunden und sprachen in heiterer Laune.<<

Die "Emser Depesche" vom 13. Juli 1870 lautete nach Bismarcks Kürzung wie folgt (x145/-145): >>Nachdem der Thronverzicht des Prinzen von Hohenzollern der französischen Regierung amtlich mitgeteilt ist, hat der französische Botschafter in Ems an den König noch die Forderung gestellt, daß er sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur zurückkommen sollten. Der König hat

es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen.<<

Das Brockhaus Konversationslexikon von 1894-1896 berichtete später über den Anlaß für die französische Kriegserklärung im Jahre 1870 (x827/113-114): >>(Frankreich) ... Die definitive Überzeugung, es sei mit Preußen keine Gebietsvergrößerung zu erreichen, legte Napoleon III. den Gedanken nahe, eine solche gegen Preußen zu erstreben. ...

Die von der Kaiserin unterstützte Jesuitenpartei schürte aufs eifrigste, und so wurde die Wahl des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern zum König von Spanien als bequemer Vorwand ergriffen, um Preußen zu demütigen oder den Krieg zum Ausbruch zu bringen.

Als am 12. Juli (1870) die Entsagung des Erbprinzen Leopold bekannt geworden war, schien zunächst der spanische Zwischenfall erledigt zu sein. Aber an demselben Abend fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz Napoleons III. statt, und hier wurde ein Beschluß gefaßt, der den Krieg unvermeidlich machte.

Der französische Botschafter Benedetti mußte am 13. Juli auf der Brunnenpromenade zu Ems dem preußischen König Wilhelm I. das Ansinnen stellen, er solle die bestimmte Versicherung geben, daß die hohenzollerische Kandidatur nicht wieder aufgenommen werden dürfe; auch eine schriftliche Entschuldigung wegen dieser Sache, in Form eines Briefes des Königs an Napoleon III., wurde beansprucht.

Als Wilhelm I. diese Zumutungen kurzweg abwies, dem französischen Botschafter weitere Audienzen in dieser Sache verweigerte und Bismarck den Sachverhalt in der von ihm in scharfer Form redigierten "Emser Depesche" amtlich bekannt machen ließ, erklärte man die Ehre Frankreichs verletzt.

In der Sitzung vom 15. Juli erhob Thiers vergebens seine warnende Stimme. Ollivier versicherte, daß das Ministerium "mit leichtem Herzen" die Verantwortlichkeit übernehme. Am 19. Juli wurde die französische Kriegserklärung in Berlin überreicht, und Napoleon III. übernahm in Metz am 28. Juli das Oberkommando der Rheinarmee, nachdem er der Kaiserin Eugenie die Regentschaft übertragen hatte. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über die Vorgeschichte des Krieges 1870/71 (x057/156): >>Ehe die politische Einigung erreicht wurde, mußte Deutschland noch einmal zu den Waffen greifen. Napoleon III. brauchte nach der mißlungenen Politik im Deutschen Krieg (1866) einen sichtbaren Erfolg. Er suchte zunächst eine Annäherung an Bismarck und verhandelte erstlich wegen eines Bündnisvertrages (1867). Napoleon erstrebte Belgien und Luxemburg für Frankreich und war bereit, dafür den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen zuzulassen. ...

Nachdem das Bündnis mit Preußen gescheitert war, entschloß sich Napoleon, die deutsche Einigung mit allen Mitteln zu verhindern und Frankreichs führende Stellung in Europa wieder zu erlangen. Nach inneren Reformen wurde das französische Heer verstärkt und besser ausgerüstet. Auf der Suche nach Bundesgenossen wandte sich Napoleon an Österreich und Italien, erreichte aber keine festen Bündnisverträge, sondern nur unklare Zusagen.

Bismarck wollte den Krieg vermeiden und hoffte immer noch, die deutsche Einigung ohne ihn zu erreichen. Dennoch war er auf der Hut und stellte sich auf den Krieg ein. Mit Rußland traf er eine Verständigung, wonach diese im Fall eines deutsch-französischen Krieges Österreich am Eingreifen hindern sollte.

Schließlich kam der letzte Anlaß zum Krieg, als Spanien dem Prinzen Leopold von Hohenzollern-Sigmaringen die Königskrone anbot. Die französische Regierung forderte den Verzicht des Prinzen und als dieser erfolgte, von Kaiser Wilhelm, daß er sich persönlich entschuldigte und in Zukunft keinem Hohenzollern gestatte, die spanische Krone anzunehmen.

Dies lehnte der König ab und verständigte Bismarck telegraphisch über diese Vorgänge. Der Kanzler veröffentlichte die berühmte "Emser Depesche" in verkürzter Form und erweckte dadurch den Eindruck, als habe der König die französische Forderung schroff zurückgewiesen.

Darauf erklärte die französische Regierung, die sich beleidigt und gedemütigt fühlte, den Krieg an Preußen und stand vor aller Welt als Angreifer da.<<

Am 19. Juli 1870 übergab der französische Botschafter dem preußischen König die Kriegserklärung (x056/248): >>... Infolgedessen hat die Regierung Seiner Kaiserlichen Majestät für die Verteidigung ihrer Ehre und ihrer gefährdeten Interessen Vorsorge treffen zu müssen geglaubt und, entschlossen, hierzu alle durch die ihr aufgezwungene Situation gebotenen Maßregeln zu ergreifen, betrachtet sie sich von jetzt ab im Kriegszustand mit Preußen.<<

Nach der französischen Kriegserklärung vom 19. Juli 1870 zogen der Norddeutsche Bund und die verbündeten süddeutschen Staaten gegen Frankreich in den Krieg, während England, Rußland und Österreich neutral blieben. Österreich sollte nach französisch-österreichischen Geheimverhandlungen erst später gegen Preußen antreten.

Die deutschen Truppen (3 Armeen mit ca. 384.000 Soldaten) gingen nach "preußischer Tradition" sofort in die Offensive und entschieden frühzeitig den deutsch-französischen Krieg (x215/332). Die nur mangelhaft ausgerüsteten französischen Armeen wurden bereits am 1. und 2. September 1870 bei Sedan (104.000 französische Kriegsgefangene einschließlich Kaiser Napoleon III.) und im Oktober 1870 bei Metz (173.000 französische Kriegsgefangene) entscheidend geschlagen und ergaben sich (x215/335,336). Als Bismarck nach den glänzenden Siegen die Abtretung der alten deutschen Reichsstädte Straßburg und Metz forderte, brach in Frankreich ein allgemeiner Volksaufstand los.

Der US-Gesandte Georg Bancroft (1800-1891) erklärte am 9. September 1870 in Berlin (x063/404): >>Es ist wahrlich ein großes Glück, diese Zeiten erleben zu dürfen, da drei oder vier Männer, die nichts mehr geliebt haben als den Frieden, und die nach langem und hartem Dienste danach trachteten, ihre Laufbahn in Ruhe zu beschließen, in einem Verteidigungskrieg mehr militärischen Ruhm gewinnen, als die lebhaftesten Träume sich vorstellen konnten, und die es in drei Monaten zuwege bringen, die deutsche Hoffnung eines Jahrtausends zu erfüllen.<<

Der deutsche Historiker Heinrich von Sybel schrieb damals über den französisch-preußischen Krieg (x056/249): >>Das Volk hatte in patriotischem Zorne zum Schwert gegriffen, um die seit Jahrhunderten erduldet fremde Einmischung in deutsche Angelegenheiten von Grund aus zunichte zu machen und die Unabhängigkeit und Einheit des Vaterlandes hoffentlich für alle Zeiten zu sichern. Frankreich ging für eine alte Ehrenstellung, Deutschland für sein junges Dasein in den Kampf. ...<<

Der Krieg gegen Frankreich wurde am 28. Januar 1871 (Kapitulation der Festung Paris) nach harten Kämpfen erfolgreich beendet. Während des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 kamen insgesamt mindestens 190.000 Menschen um (x056/131).

Da Preußen diesen Krieg nicht zielstrebig geplant hatte, war hauptsächlich Napoleon III. für den Kriegsausbruch (1870/71) verantwortlich. Für den nordamerikanischen Senat und die US-Presse war Napoleon III., der seit 1866 fast nur schwere außenpolitische Niederlagen hinnehmen mußte, damals jedenfalls eindeutig der Kriegsverursacher (x063/411).

Schlußbemerkungen: Obgleich die Deutschen nach der französischen Niederlage über eine absolute europäische Großmachtstellung verfügten, lehnte Bismarck jede weitere Machtausdehnung strikt ab. Der "eiserne Reichskanzler" bemühte sich nach dem Kriegsende redlich, weitere deutsch-französische Feindseligkeiten zu vermeiden, um ein freundschaftliches Verhältnis mit dem uralten katholischen "Erzfeind" zu ermöglichen. Bismarck ließ z.B. keine französische Festung schleifen und Frankreich erhielt keine Heeres- und Rüstungsbeschränkungen.

Durch den Vorfrieden von Versailles (im Februar 1871) und den Friedensschluß von Frankfurt vom 10. Mai 1871 mußte Frankreich Elsaß (ohne Belfort/Burgundische Pforte) und Teile Lothringens (mit Metz) ohne Volksabstimmung an Deutschland abtreten sowie 5 Milliarden

Franc Kriegsschädigung zahlen. Elsaß gehörte seit 880 (Vertrag von Ribemont) zum Ostfränkischen bzw. Deutschen Reich, wurde dann von 1552-1648 nach und nach durch Frankreich gewaltsam besetzt. Während der Französischen Revolution wurde Elsaß von Frankreich schließlich annektiert und fiel erst nach dem französisch-deutschen Krieg von 1870/71 mit Lothringen (ab 1670 durch französische Truppen besetzt) an das Deutsche Reich zurück.

Bis zur Zahlung der Kriegsschädigung (in 3 Jahren = 5,0 Milliarden Franc) sollte Ostfrankreich von deutschen Truppen besetzt bleiben (x054/156). Die letzten deutschen Besatzungstruppen zogen aber bereits am 16. September 1873 aus Frankreich ab.

Die gewaltsame Besetzung der ehemaligen deutschen Länder Elsaß und Lothringen erwies sich als besonders schwerer politischer Fehler, denn die französischen Nationalisten hielten den Revanche-Gedanken, daß Elsaß-Lothringen zurückgewonnen und die Deutschen gedemütigt werden müßten, bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ständig wach.

Zu den französischen Vertretern des "verdeckten Revanchismus" gegenüber Deutschland zählten damals u.a. Léon Gambetta und der spätere französische Kriegsminister George Clemenceau sowie bekannte Schriftsteller und Historiker.

Deutsches Reich

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wilhelm I. (1797-1888, deutscher Kaiser)

Gründung des Deutschen Reiches

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck am 18. Januar 1871 seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen wieder unabhängig und handlungsfähig.

Die große Mehrheit der Deutschen war über die Gründung des Deutschen Reiches begeistert und auch zahlreiche politische Gegner Bismarcks konnten für das neue Deutsche Reich gewonnen werden. Trotz aller Eifersucht, Zwietracht und zahlloser Probleme raufte sich die deutschen Staaten irgendwie zusammen. Auch die Volksdeutschen, die jenseits der deutschen Reichsgrenzen lebten, waren damals mächtig stolz auf "ihr" Deutsches Reich.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtete über die Geschichte Deutschlands im Jahre 1871 (x804/904-905): >>(Deutschland) ... Am 18. Januar 1871, 170 Jahre nach der Krönung des ersten preußischen Königs, geschah im Spiegelsaal des französischen Königsschlusses zu Versailles die feierliche Verkündung der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches in Gegenwart einer glänzenden Versammlung von Fürsten, Prinzen und Kriegshelden, und am 19. Januar gab der Donner der Kanonen in der siegreichen Schlacht am Mont Valérien dazu die Weihe.

Der Kaiserproklamation folgte unmittelbar die Kapitulation von Paris und damit das Ende des unvergleichlichen Krieges. Die Versailler Friedenspräliminarien (26. Februar) gaben Deutschland Elsaß mit Straßburg und Deutsch-Lothringen mit Metz zurück und verschafften ihm eine Kriegsschädigung von 5 Milliarden Franc.

Wohl erregte dieser glänzende Erfolg den Neid der anderen Mächte, und namentlich England hatte wiederholt zu Gunsten Frankreichs zu intervenieren gesucht. Indes ... (durch Englands) schwächliche Neutralität bei Ausbruch des Krieges und die illoyale Unterstützung der französischen Republik durch Zuführung von englischen Waffen und sonstigem Kriegsmaterial hatten es alle Ansprüche ... (verloren), und seine Intervention wurde zurückgewiesen.

Dem Kaiser von Österreich zeigte Bismarck am 14. Dezember 1870 die Neugestaltung der Dinge in Deutschland an und betonte den Wunsch des neuen Reiches, zu dem durch gemeinschaftliche wichtige Interessen verbundenen Nachbarreich freundschaftliche Beziehungen zu pflegen, welchen Wunsch Beust am 26. Dezember ebenso verbindlich erwiderte.

Das treue Wohlwollen des russischen Kaisers, welches Deutschland manche Verwickelungen, besonders im ersten Teil des Krieges, erspart hatte, vergalt die deutsche Regierung durch Unterstützung des russischen Verlangens, von einigen drückenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 befreit zu werden, was die Pontuskonferenz in London am 13. März 1871 zugestand.

Auch Italien hatte Nutzen von den deutschen Siegen gezogen, indem es, von Frankreich nicht mehr gehindert, sich im September 1870 den Rest des Kirchenstaates einverleiben und darauf (im Januar 1871) Rom zur Hauptstadt erheben durfte.

Der definitive Friede zwischen Deutschland und Frankreich wurde am 10. Mai zu Frankfurt am Main abgeschlossen.

Am 21. März 1871 wurde in Berlin der erste deutsche Reichstag eröffnet. Die Wahlen (3. März) waren gut national ausgefallen; doch zählte man unter den 382 Abgeordneten 60 Ultramontane, welche den Kern aller Oppositionselemente bildeten.

Die Thronrede des Kaisers Wilhelm I., der am 17. März nach Berlin zurückgekehrt war, konnte mit Stolz und Genugtuung verkünden:

"Wir haben erreicht, was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde: die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung, und der Geist, welcher in dem deutschen Volk lebt und seine Bildung und Gesittung durchdringt, nicht minder die Verfassung des Reiches und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft.

Das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des gegenwärtigen Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren.

Möge die Wiederherstellung des Deutschen Reiches für die deutsche Nation auch nach innen das Wahrzeichen neuer Größe sein, möge dem deutschen Reichskrieg, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampf um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen."

Bei der Adreßdebatte machte sich schon die Opposition der neuen katholischen Zentrumspartei geltend, welche ihre Hoffnung, den Einfluß der siegreichen neuen Macht für den Papst und die Wiederherstellung seiner weltlichen Herrschaft geltend zu machen, getäuscht sah. Ebenso wurde ihr Versuch, gewisse kirchliche Grundrechte in die Reichsverfassung einzuschieben, vereitelt.

Diese Verfassung, eine Revision der norddeutschen Bundesverfassung, wurde ohne lange Debatten am 14. April 1871 mit allen gegen sieben Stimmen angenommen. Sie erhöhte die Zahl der Mitglieder und Stimmen des Bundesrates, der nun aus den Bevollmächtigten von 25 Staaten bestand, von 43 auf 58.

Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrates erforderlich, außer im Fall (eines) erfolgten Angriffes auf Bundesgebiet, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Elsaß-Lothringen wurde Reichsland, d.h. gemeinsamer Besitz des Reiches. So war das neue Deutsche Reich begründet.

Wohl kam es dem alten, 1806 zu Grunde gegangenen Heiligen Römischen Reich deutscher Nation an Umfang und Machtansprüchen nicht gleich: der neue Kaiser trug nicht die älteste und erhabenste Krone der Christenheit, er war nicht Oberlehnsherr der deutschen Reichsfürsten und beanspruchte nicht die Oberhoheit über große Nachbarlande. Die politische Verbindung mit den österreichischen Landen war gelöst, Luxemburg aufgegeben. Dafür aber waren Schleswig und Elsaß-Lothringen neu gewonnen, und was das Reich an äußerem Glanz und Ausdehnung verlor, das ersetzte es durch innere Einheit und Kraft.

Unter der gesetzlich geordneten, von einem Staat wie Preußen getragenen Reichsgewalt, unter einer erblichen Dynastie, welche eine große, aber rein deutsche Hausmacht besaß, konnte das deutsche Volk nun eine einheitliche Kulturarbeit beginnen. Nach außen war es durch seine Militärmacht gesichert, im Inneren konnten die Territorialgewalten der Reichseinheit und dem Wohl des Ganzen nicht mehr gefährlich werden und in dem ihnen überlassenen Bereich durch fruchtbaren Wettstreit Gutes und Edles stiften.

Nach mehr als 200jährigen Mühen und Kämpfen war Deutschland wieder Herr seiner selbst und seiner Geschicke und auf einer Stufe geistiger und materieller Entwicklung, welche es in

die Reihe der führenden Kulturstaaten stellte. ...<<

Bismarcks Außenpolitik

Wegen der ungünstigen zentralen Lage des Deutschen Reiches und weil die langen Ost- und Westgrenzen nicht einfach verteidigt werden konnten, befürchtete Bismarck vor allem einen Zweifrontenkrieg gegen Deutschland. Infolge der strategischen Lage und des politischen Anspruches, als ebenbürtige europäische Kontinentalmacht akzeptiert zu werden, mußte das Deutsche Reich damals ständig mit einer möglichen Bedrohung durch mehrere Gegner rechnen und verstärkte deshalb allmählich die militärische Landesverteidigung. Diese Aufrüstung wurde von den militärisch hochgerüsteten Nachbarstaaten zwangsläufig als Bedrohung eingestuft, denn sie fürchteten sich vor deutschen Expansionsbestrebungen.

Angesichts der französischen Vergeltungspolitik versuchte Bismarck, Frankreich durch geschickte Bündnissysteme zu isolieren. Bismarck schloß zahlreiche Bündnis- und Freundschaftsverträge, um die außenpolitischen Beziehungen mit den direkten und indirekten deutschen Nachbarn zu festigen. Das Deutsche Reich, Rußland und Österreich-Ungarn einigten sich 1872 über eine friedliche Verständigung (sog. "Dreikaiserabkommen"), das während der Balkankrise 1886 an den Gegensätzen zwischen Österreich und Rußland zerbrach (x089/121). Bismarck plante langfristig einen europäischen Festlandblock (Deutsches Reich, Frankreich und Rußland) und die Aufteilung der zersplitterten Habsburger Monarchie (Lösung der Balkanwirren).

Als die russischen Truppen im Jahre 1878 die türkischen Truppen besiegten und große Teile des Osmanischen Reiches besetzten sowie die übrigen Balkanstaaten bedrohten, schalteten sich die europäischen Großmächte ein, denn sie wollten den Mittleren Osten und den Balkan nicht kampfflos an Rußland abgeben. England, Österreich-Ungarn und Frankreich protestierten und drohten Rußland mit Krieg.

Bismarck hielt sich damals bewußt zurück (x145/149): >>... Die Balkanfrage ist mir nicht die Knochen eines einzigen pommerschen Grenadiers wert ...<<

Reichskanzler Bismarck versuchte beim europäischen Kongreß in Berlin im Juni/Juli 1878 einen Ausgleich zu finden. Nach äußerst schwierigen Verhandlungen konnte schließlich der drohende Krieg gegen Rußland verhindert werden.

Obleich Bismarck als "ehrlicher Makler" vermittelte, fühlte sich Rußland von den deutschen Verhandlungsführern benachteiligt. Das bisher entspannte, wohlwollende deutsch-russische Verhältnis war nach dem Berliner Kongreß empfindlich gestört und es entwickelte sich allmählich eine verdeckte Feindschaft.

Der türkische Staat wurde zwar dank der deutschen Fürsprache vor dem sicheren Untergang bewahrt, aber die Türken mußten große Gebiete abtreten, die teilweise seit Jahrhunderten unter türkischer Gewaltherrschaft standen. Die wirtschaftliche Schwäche des "kranken Mannes am Bosphorus" wurde anschließend von den meisten europäischen Staaten ignoriert, denn an türkischen Reformen war niemand interessiert.

Der Versuch, während des russisch-türkischen Krieges (1877/78) im Balkan vorzudringen, endete für Rußland enttäuschend. Rußland erhielt lediglich Bessarabien und Teile Armeniens (Rumänien bekam zum Ausgleich die Dobrudscha). Die russische Expansionspolitik richtete sich danach verstärkt gegen Asien (Persien und Afghanistan) und gegen den Fernen Osten (China und Japan). Rußland gab seine strategischen Expansionsziele in Südosteuropa aber nicht auf, denn man fühlte sich angeblich weiterhin verpflichtet, die "slawischen Brüder" zu befreien.

Österreich-Ungarn übernahm nach österreichisch-russischen Geheimverhandlungen Bosnien und Herzegowina. Obwohl die Habsburger vorerst nur das Recht bekamen, diese Gebiete zu verwalten, entfesselte die Gebietsübernahme nachhaltig den serbischen Nationalismus und

führte schließlich 1914 zum Kriegsausbruch.

Großbritannien erhielt Zypern.

Serbien (ab 1459 türkische Provinz, Königreich ab 1882) und Montenegro wurden selbständig und erhielten ihre Unabhängigkeit.

Bulgarien mußte Makedonien an das Osmanische Reich abtreten und verlor Ostrumelien (innere Autonomie).

Das Deutsche Reich, der sog. "ehrliche Makler", erhielt nichts (außer der russischen Feindschaft).

Nach dem Abschluß des Bündnisses (sog. "Zweibund" gegen Rußland) von 1879 fühlten sich die bedrängten Österreicher wieder sicher und setzten schon bald ihre arrogante, unheilvolle Balkan-Politik fort. Infolge dieser planlosen und hochmütigen Balkan-Politik geriet die österreichisch-ungarische Donaumonarchie ab 1888 fast ständig in gefährliche Krisen, die das österreichisch-russische Verhältnis bedrohlich belasteten (x054/161).

Die englische Zeitung "Morning Advertiser" berichtete im Jahre 1882 über Bismarck (x239/-159, x237/187): >>Deutschland nimmt jetzt eine gebietende Stelle in Europa ein, welche Frankreich zu erlangen stets bemüht war und auch eine kurze Zeit innehatte.

Mit jedem Jahr ist unter Bismarcks wachsender Führung die Stellung Deutschlands fester und sicherer geworden, und sein definitives Übergewicht darf jetzt als gesichert betrachtet werden. Das Bündnis mit Österreich-Ungarn ... legt ... gegenwärtig in die Hände des Fürsten Bismarck eine Macht, die so groß ist, daß keine denkbare Kombination anderer europäischer Staaten dieselbe erschüttern kann.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß der Einfluß des Fürsten Bismarck und das Ansehen Deutschlands gegenwärtig die großen Faktoren in der Bestimmung der Politik Europas sind und daß dieser Einfluß und dieses Ansehen für die Aufrechterhaltung des Friedens ausgeübt worden sind und ferner ausgeübt werden. ...<<

>>... Es ist merkwürdig, ... wie, wenn immer irgendeine Schwierigkeit in Europa entsteht, die Augen aller Leute auf Bismarck gerichtet sind.

Wie denkt er über die Sache? Was wird er tun? Für wen wird er Partei ergreifen?

Das sind die allgemeinen Fragen. Und in sehr kurzer Zeit folgen diesen Fragen des Publikums Fragen ähnlicher Art seitens der auswärtigen Minister Europas, welche ihre Vertreter in Berlin anweisen, wenn möglich, Fürst Bismarcks Ansichten über die Sache zu ermitteln.

Berlin ist somit der Mittelpunkt des diplomatischen Verkehrs geworden. ...<<

Wegen der schwierigen "Balkanprobleme" vereinbarten das Deutsche Reich und Rußland im Jahre 1887 einen geheimen Rückversicherungsvertrag, der aber 1890 (nach Bismarcks Entlassung) nicht mehr erneuert wurde.

Otto Fürst von Bismarck erklärte am 11. Januar 1887 in einer Rede vor dem Deutschen Reichstag (x063/447-448, x237/203): >>... Wir haben keine Bedürfnisse, die wir durch das Schwert erkämpfen könnten. ... Blicken sie doch auf die friedliebende Tätigkeit – und ich sage das ebensogut nach dem Auslande, wie hier zu dem Reichstage – der Kaiserlichen Politik in den letzten 16 Jahren. Nach dem Frankfurter Frieden war unser erstes Bedürfnis, den Frieden möglichst lange zu erhalten und zu benutzen, um das Deutsche Reich zu konsolidieren. Diese Aufgabe war keine leichte. ...

Unsere Aufgabe haben wir zuerst darin erkannt, die Staaten, mit denen wir Krieg geführt hatten, nach Möglichkeit zu versöhnen. Es ist uns dies vollständig gelungen mit Österreich. Wir stehen mit Österreich in einem so sicheren und vertrauensvollen Verhältnisse, wie es weder im Deutschen Bund trotz aller geschriebenen Verträge noch früher im Heiligen Römischen Reich jemals der Fall gewesen ist. ...<<

>>Die ganze orientalische Frage ist für uns keine Kriegsfrage. Wir werden uns wegen dieser Frage von niemand das Leitseil um den Hals werfen lassen, um uns mit Rußland zu überwer-

fen. ...<<

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. Schon 1873 hatte es die letzte Rate der Kriegsentschädigung bezahlt und darauf nach deutschem Vorbild die allgemeine Wehrpflicht durchgeführt. Eine großzügige Kolonialpolitik (Hinterindien, Nordafrika) sollte die Machtgrundlage Frankreichs erweitern.

Bismarck rechnete zwar mit einem deutsch-französischen Konflikt, warb aber unermüdlich um die Verständigung mit Frankreich und förderte sogar dessen koloniale Ausbreitung. Eine Zeitlang schien man in Frankreich die Vorteile eines deutsch-französischen Zusammengehens zu verstehen. Dann aber trat eine entscheidende Wendung in der auswärtigen Politik Frankreichs ein (1885). Die Annäherung des westlichen Nachbarn an Rußland nahm ihren Anfang (1887) und sollte für Deutschland verhängnisvoll werden.

Zur Sicherung des Reiches beschritt Bismarck schon bald nach der Reichsgründung den Weg der Bündnispolitik mit ihren Vorteilen und Gefahren. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, erstrebte der Kanzler das Einvernehmen mit dem Zarenreich, dessen Freundschaft seit den Befreiungskriegen die stärkste Stütze der preußischen Politik gewesen war. Auch gelang es, die Freundschaft Österreichs zu gewinnen und durch Zusammenkünfte ein Verteidigungsbündnis zwischen Deutschland, Rußland und Österreich abzuschließen (Dreikaiserabkommen 1872). ...<<

Der deutsche Historiker und Diplomat Guntram von Schenck (von 2001-2006 Botschafter in Rom) berichtete später (im Juni 2009) über die Außenpolitik des Deutschen Reiches (x878/...): >>**Kontinuität deutscher außenpolitischer Interessen im 20. Jahrhundert?**

... Die deutschen Interessen in der europäischen Machtbalance

Wie hätte bei der Ausgangslage 1870/1871 deutsche Außenpolitik angelegt werden können, damit der neue Staat sicher durch die Fährnisse der in Jahrhunderten gewachsenen Interessen der mächtigen Nachbarn hätte gesteuert werden können? Bismarck, dem die Probleme durchaus bewußt waren, hat sie auf seine Weise durch ein kompliziertes Bündnissystem zu lösen versucht. Seine Nachfolger waren weniger problembewußt und vertrauten mit zeitlichem Abstand zur Reichsgründung offenbar auf die Kraft des Faktischen.

Das Deutsche Reich war eine Tatsache: es existierte, es würde sich schon behaupten, notfalls mit militärischen Mitteln. Den zeitlichen Rückstand zu den anderen Mächten bei der Aufteilung der Welt suchte man aufzuholen. Den eigenen "Platz an der Sonne" werde man schon erringen, wenn man die eigenen Ansprüche nur nachdrücklich genug vertreten würde. Der Aufbau der Kriegsmarine diene diesem Zweck. Hinzu kam eine optimistische Grundstimmung, eine innere Selbstgewißheit, die mit der dynamischen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung einherging. Wohl bemerkte die deutsche Regierung, daß Deutschland zunehmend diplomatisch isoliert war. Man fühlte sich "eingekreist", fand jedoch keinen Weg aus der Isolierung.

Angesichts der Interessenlage der mächtigen Nachbarn war das auch schwer erreichbar. Frankreich hatte sich mit dem Verlust des Status als stärkste Kontinentalmacht und Elsaß-Lothringens nicht abgefunden und setzte u.a. mit der Finanzierung grenznaher, strategischer

Eisenbahnen im Westen des Russischen Reiches fest auf diesen Bündnispartner. Rußland konnte seine Interessen im Balkan nicht durchsetzen, da sie mit Interessen von Österreich-Ungarn kollidierten.

Die Habsburger Monarchie in Wien zog das Deutsche Reich immer tiefer in die Balkanprobleme hinein, die mit der Erosion des Osmanischen Reiches einhergingen. Berlin konnte und wollte diesen letzten europäischen Bundesgenossen nicht verlieren und unterstützte ihn "nolens volens". Der wachsende russische Groll traf dann allerdings Berlin direkt. Großbritannien betrachtete das Deutsche Reich, das im Begriff stand, das Kräftegleichgewicht in Europa zu gefährden und schon aufgrund ökonomischer und demographischer Gegebenheiten in eine tendenziell hegemoniale Stellung hinein wuchs, mit wachsendem Mißtrauen.

Allein durch seine schiere Existenz und seine dynamische demographische und wirtschaftliche Entwicklung wurde das Deutsche Reich für die anderen europäischen Großmächte zu einem provozierenden Störfaktor. Auch wenn die deutsche Politik völlig immobil und passiv gewesen wäre, hätte es seltener und überragender diplomatischer Fähigkeiten bedurft, um das wachsende Unbehagen der Nachbarn zu verhindern oder auszugleichen.

Die deutsche Politik verharrte allerdings nicht in Passivität. Die Aufrüstung der Kriegsmarine wurde forciert und in London natürlich als Herausforderung wahrgenommen. Auch suchte das Deutsche Reich just in den Weltregionen Einfluß zu gewinnen, die noch als leere Flecken erschienen, aber nur deshalb, weil sie zwischen Großbritannien und Rußland strittig geblieben und deshalb nicht aufgeteilt worden waren. Das betraf mit dem Osmanischen Reich den Bosphorus, Vorderasien und das Zweistromland (heutiger Irak), sinnfällig geworden durch den Bau der Bagdad-Bahn, aber ebenso Afghanistan. Rußland und vor allem Großbritannien empfanden das als offene Provokation.

Die deutsche Politik verhedderte sich in ihrer Aufholjagd um Macht und Einfluß in der Welt im Gestrüpp der Interessen der anderen europäischen Großmächte. Ein Ausgleich mit Großbritannien über die Flottenrüstung, der in Reichweite schien, wurde in den Wind geschlagen. Auch ungeschickte Äußerungen des deutschen Kaisers Wilhelm II waren wenig hilfreich, wobei letzteres nicht überbewertet werden sollte. Verbale Kraftsprüche gehörten in jener Zeit des europäischen Imperialismus ganz generell zum Repertoire der Politiker und Staatsmänner.

Mit anderen Worten: das Deutsche Reich besaß kein durchdachtes und erprobtes diplomatisches Gerüst, keine außenpolitischen Leitlinien, mit deren Hilfe es wie Großbritannien, Frankreich oder Rußland einen Weg durch die Fährnisse der kollidierenden Interessen in Europa hätte finden können.

Preußen, aus dem die Diplomatie des Deutschen Reiches hervorging, war bis 1870 in Europa zwar nominell Großmacht, war jedoch im Vergleich zu Großbritannien, Frankreich, Rußland und wohl auch Österreich-Ungarn von geringerem Gewicht. Viel Erfahrung im Umgang mit den Interessen anderer Großmächte gab es in Berlin nicht. Preußen hatte sich seit Napoleon I diplomatisch ganz im Fahrwasser Rußlands bewegt. Es hatte nicht gelernt, mit der Macht behutsam umzugehen, weil es das nicht brauchte.

Preußen-Deutschland hätte diese Erfahrung dann allerdings dringend benötigt, denn der Machtzuwachs Berlins war nach 1870/1871 enorm. Berlins Diplomatie entwickelte bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs kein Konzept, wie es die eigenen und die Interessen der anderen Großmächte dauerhaft zu einem Ausgleich bringen konnte. Berlin lernte nicht, die Interessen der anderen Beteiligten bei der Entwicklung der eigenen Politik mitzudenken und zu berücksichtigen.

Letztlich verließ man sich auf die Kraft der Waffen, um den Knoten zu durchschlagen und deutsche Interessen durchzusetzen. Mythisch überhöhtes Vorbild wurde das Preußen Friedrichs II, der sich dank seiner Armee im Siebenjährigen Krieg 1756-1763 gegen eine Welt von Feinden, gegen Frankreich, Rußland und Österreich, drei europäische Großmächte gleichzei-

tig, behauptet hatte. ...

Daß der militärisch begründete Aufstieg Preußens - vom Großen Kurfürsten, über Friedrich II bis zu Bismarck - einmal abbrechen und ein Ende haben könnte, war nicht Bestandteil des preußisch-deutschen Mythos. Der Mythos versperrte den Zugang zur Realität. ...<<

Wirtschafts- und Exportaufschwung des Deutschen Reiches

Infolge des siegreichen französisch-deutschen Krieges (1870/71), der konsequenten Industrialisierung (ab 1872 wurden u.a. die Kohleförderung, Eisen- und Stahlverarbeitung erheblich gesteigert) und Bismarcks Schutzzollpolitik zur Sicherung des heimatischen Marktes (1875), begann im Deutschen Reich ein kräftiger Wirtschafts- und Exportaufschwung.

In der Schwerindustrie entstanden zahlreiche private Großbetriebe (wie z.B. Krupp, Blohm und Voß, AEG, Benz und die Daimler Werke). Die rasante Weiterentwicklung der Naturwissenschaften, Technik und Forschung ermöglichte die Errichtung neuer Industriezweige (Arzneimittel, Farbstoffe etc.). Aus den zahlreichen kleinen deutschen Privatbanken entwickelten sich mehrere Großbanken. Der führende Bankplatz wurde die neue Reichshauptstadt Berlin. Die Vereinheitlichung und Verstaatlichung der Eisenbahn (nach 1897) verbesserten das deutsche Transportwesen nachhaltig.

Das Deutsche Reich stieg unerwartet schnell vom Agrarstaat zur führenden europäischen Industrienation auf, so daß die große Zahl der Arbeitslosen und der deutschen Auswanderer merklich zurückging. In den großen deutschen Industrievieren an Rhein-Ruhr, in Sachsen und in Oberschlesien wurden schon bald zusätzliche Arbeitskräfte benötigt, deshalb wanderten Tausende von Polen, Ungarn und Italienern langfristig in das Deutsche Reich ein.

Nach der Reichsgründung im Jahre 1871 nahm das Tempo der Industrialisierung in Deutschland enorm zu (x176/205): >>Um 1830 hatten vier Fünftel der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft gefunden. Mitte der achtziger Jahre war es knapp die Hälfte.

Die Industrie entfaltete sich in fast märchenhafter Weise: Zwischen 1871 und 1874 entstanden genau so viele Hochöfen, Eisenhütten und Maschinenfabriken wie in der Zeit von 1800 bis 1870. An die Stelle der handwerklichen Einzelanfertigung trat die Massenfabrikation im Großbetrieb.

Die Produktivität der Industrie stieg zwischen 1870 und 1890 um die Hälfte, im Braunkohlenbergbau um das Doppelte, in der Roheisenerzeugung gar um das Fünffache. Entsprechend wuchs das Bankkapital, bei der Deutschen Bank z.B. von 15 auf 100 Millionen, und die Zahl der Effekten (Aktien) an der Berliner Börse vervierfachten sich im gleichen Zeitraum.

Eine wesentliche Triebkraft des wirtschaftlichen Aufschwungs war der zukunftsichere Optimismus, der dem siegreichen Krieg und seinen politischen Folgen entsprang.<<

Im Jahre 1871 begann in Deutschland das Zeitalter der Großbanken (x176/207-208): >>Meist schon vor 1870 gegründet, werden sie zu Großbanken erst jetzt; zu Organisationen mit Tausenden von Angestellten, mit Marmorpalästen in der Berliner Friedrichstadt, Tempeln des neuen Gottes: Deutsche Bank, Dresdner Bank, Disconto-Gesellschaft, Berliner Handelsgesellschaft.

Sie wachsen an der Industrie, deren Wachstum sie fördern; finanzieren ihre Expansion, beteiligen sich an Neugründungen, gründen selber. Ihre Direktoren sitzen, mitkontrollierend, in den Aufsichtsräten der industriellen Unternehmungen.

In keinem anderen Land, sagen uns die Fachleute, besitzen einige wenige Großbanken einen so entscheidenden Einfluß auf die Steuerung der Wirtschaft wie in Deutschland; dergestalt, daß schließlich beide Machtbereiche, Industrie und Finanzen, wie zu einem einzigen werden.<<

Bismarcks Innenpolitik

Infolge der Bestätigung der päpstlichen Lehrunfehlbarkeit im Jahre 1870 war Reichskanzler Bismarck nicht länger bereit, die bisherige gesellschaftspolitische Machtposition der katholischen Kirche zu akzeptieren, so daß es zwangsläufig zu Auseinandersetzungen kommen mußte. Vor allem in Preußen entwickelte sich ab 1871 ein harter Kampf zwischen dem Staat und der katholischen Kirche. Im sogenannten "Kulturkampf" bekämpfte Bismarck seit 1871 den politischen Katholizismus und die Jesuiten. Der "Kanzelparagraph" bedrohte z.B. regierungskritische Prediger mit Gefängnisstrafen.

Nach harten Auseinandersetzungen scheiterte Bismarck schließlich an der geschlossenen, unerschütterlichen Front der Zentrumsparterie (politische Vertretung der Katholiken, 1870 gegründet) sowie der katholischen Bevölkerung und brach den "Kulturkampf" im Jahre 1878 ab. Bismarck einigte sich zwar mit dem neuen Papst Leo XIII. (Papst von 1878-1903, ein bedeutender katholischer Kirchenführer, der für die soziale Gerechtigkeit kämpfte und für ungeklärte Arbeiterfragen eintrat), den sog. "Kulturkampf" zu beenden, aber wesentliche Gesetze und grundsätzliche Verbote, wie z.B. zivile Standesämter, die staatliche Schulaufsicht, der sog. "Kanzelparagraph" (bis 1953) und der Ausschluß der Jesuiten (bis 1917) blieben unverändert bestehen (x089/294).

Als im Mai und im Juni 1878 Mordanschläge auf den deutschen Kaiser verübt wurden, die der Monarch nur durch glückliche Umstände schwerverletzt überlebte, vermutete Bismarck die Täter sofort unter den Kommunisten bzw. Sozialisten.

Der deutsche Historiker Heinrich von Treitschke schrieb im Jahre 1878 in seinem Buch "Der Sozialismus und der Meuchelmord" (x239/96): >>... Die Sozialdemokratie bildet einen Staat im Staate. Es wird höchste Zeit, daß der Staat für längere Zeit die Vereine der Sozialdemokratie schließt, ihre Zeitungen verbietet, ihre Agenten aus den großen Mittelpunkten der Arbeiterbewegung ausweist.

Diese Menschen trotzen auf die Gewalt der Fäuste, und sie verstehen nur die Sprache der Gewalt. ...<<

Nach mehreren Sprengstoffanschlägen von Anarchisten wurde am 9. Juni 1884 ein Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen erlassen.

Der "eiserne Reichskanzler" verlor später trotz des Sozialistengesetzes (Parteienverbot, Verbot von sozialistischen Zeitungen etc.) zwar den Kampf gegen die Sozialisten, weil er die verbissene Zähigkeit der Arbeiterbewegung unterschätzt hatte, aber Bismarck konnte mit Hilfe von fortschrittlichen Sozialgesetzen große Teile der Arbeiterschaft für das Deutsche Reich gewinnen.

Bismarck war zwar ein überzeugter Monarchist und lehnte grundsätzlich alle sozialistischen Parteien ab, aber Bismarck erkannte rechtzeitig, daß der Widerstand der deutschen Bevölkerung gegen die große soziale Not äußerst gefährliche Formen angenommen hatte (Marxismus bzw. Sozialismus) und unbedingt entschärft werden mußte. Der Reichskanzler versuchte deshalb, die deutsche Arbeiterschaft durch großzügige soziale Gesetze und mit verbesserten Sicherheitsvorschriften zu gewinnen ("Der Staat hat die Pflicht, dem Arbeiter das Recht auf Versorgung zu sichern sowie gegen Krankheit und Not zu schützen").

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 15.10.2011) über die Sozialpolitik des Deutschen Reiches (x887/...): >>**Eine Errungenschaft des Konservatismus**

Sozialstaat und die Sozialpolitik sind keine Erfindung des "Sozialismus" - Sie gingen vom kaiserlichen Berlin aus

Die Bundesrepublik Deutschland steckt in einer sehr tiefen Identitätskrise. Dies betrifft insbesondere auch den Sozialstaat und seine Errungenschaften, die von Berlin als Hauptstadt Preußens ausgingen und ganz von preußischem Geist geprägt sind. Dies zu betonen ist wichtig,

denn gemeinhin wird angenommen, daß die Sozialpolitik eine Erfindung und Errungenschaft des "Sozialismus" sei. Im Gegenteil, sie ist ein genuin (unverfälschtes) konservatives Projekt, dessen Wurzeln in Preußen zu finden sind. ...

1889: Einführung der Invaliditäts- und Altersversicherung für Arbeiter.

1890: Gründung von 31 Versicherungsanstalten, den späteren Landesversicherungsanstalten (LVA); Aufhebung des "Sozialistengesetzes".

1891: Erste Rentenauszahlung an dauernd Erwerbsunfähige und Arbeiter über 70 Jahre; Arbeiterschutzgesetz (Frauenarbeit, eingeschränkte Nachtarbeit, Kinderschutz); Einführung der staatlichen Gewerbeaufsicht; Zulassung freiwilliger Arbeiterausschüsse in Betrieben; Verbot der Sonntagsarbeit in Industrie und Handwerk.

1892: Ausweitung der Krankenversicherungspflicht auf Familienangehörige.

1895: Verbot der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe.

1899: Invalidenversicherungsgesetz.

1901: Förderung des Arbeiterwohnungsbaus.

1905: Arbeiterausschüsse in Bergbaubetrieben werden Pflicht.

1908: Einführung von Höchstarbeitszeit, Verbot von Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche.

1911: Die weltweit vorbildliche Reichsversicherungsordnung (RVO) tritt in Kraft, das Versicherungsgesetz für Angestellte und das Gesetz zur Regelung der Heimarbeit und Einführung der Hinterbliebenenrente werden eingeführt.

1916: Herabsetzung des Renteneintrittsalters für Arbeiter von 70 auf 65 Jahre und für Frauen auf 60 Jahre.

Die Sozialgesetze sind in einem "Klima des Optimismus" mit dem Glauben an den technischen und wirtschaftlichen Aufstieg bei einem optimalen Bildungssystem formuliert worden. ...<<

Das Dreikaiserjahr

Kaiser Wilhelm I. starb am 9. März 1888 im Alter von 90 Jahren.

Bismarck berichtete später über die Fieberphantasien des sterbenden Monarchen (x063/449): >>... Mit dem russischen Kaiser mußt du (gemeint ist sein Sohn Friedrich III.) immer Fühlung halten, da ist kein Streit notwendig ...<<

Im Testament des deutschen Kaisers Wilhelm I. hieß es zum Schluß (x092/611): >>... Die Menschen haben meine Fehler und Schwächen übersehen wollen, aber der, welcher sie kennt, wolle mir dereinst ein barmherziger Richter sein, wo ich die Lehren und Weisungen des eingeborenen Sohnes des himmlischen Vaters mißachtete.

Herr, dein Wille geschehe, im Himmel, also auch auf Erden.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 2.03.2013) über den deutschen Kaiser "Wilhelm I." (x887/...): >>"**Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held**"

Vor 125 Jahren starb der erste Deutsche Kaiser, Wilhelm I. - Er ließ Bismarck, Moltke und Roon gewähren

Sein Enkel und späterer Nachfolger Wilhelm II. hat versucht, für ihn die Bezeichnung "Wilhelm der Große" durchzusetzen, zu Recht vergebens. Eher ist seinem Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto von Bismarck zuzustimmen, der über ihn meinte: "Kein Großer, aber ein Ritter und ein Held".

Die Rede ist vom Deutschen Kaiser und König von Preußen Wilhelm I.

Im Gegensatz zu dem wirklich großen Staatsmann Otto von Bismarck, der ein Revolutionär war, wenn auch ein weißer, war der Legalist Wilhelm I. eher anachronistisch. Ähnlich wie sein Vater Friedrich Wilhelm III. war Wilhelm ein Monarch, der zum Jagen getragen werden mußte. Aber während sich Friedrich Wilhelm durch die Ereignisse und Entwicklungen treiben

ließ, übernahm diese Aufgabe bei Wilhelm Bismarck.

... Trocken konstatierte er, daß Bismarck für das Reich wichtiger sei als er, und stöhnte, daß es nicht einfach sei, unter einem solchen Kanzler Kaiser zu sein.

Überhaupt scheint Wilhelm manche sympathischen Charakterzüge gehabt zu haben, darunter Bescheidenheit, Sparsamkeit, Mut, Pflichtbewußtsein und Treue. Nicht umsonst zählte Wilhelm bei seinem Tode zu den weltweit beliebtesten Monarchen; und ein so Großer wie Bismarck hat sich in seiner Grabinschrift "einen treuen deutschen Diener Kaiser Wilhelms I." nennen lassen.

Wenn wir auch aus Wilhelms eigenem Munde wissen, daß es für ihn nicht leicht war, unter Bismarck Monarch zu sein, so war es doch auch für Letzteren nicht leicht, unter ihm Regierungschef zu sein. Zur ganzen Wahrheit gehört nämlich, daß Wilhelm Bismarck häufig Widerstand entgegengesetzt hat ...<<

Friedrich III. (1831-1888, nahm an den Kriegen 1866 und 1870/71 teil, bereitete sich danach gründlich auf die Regierungsübernahme vor) wurde Nachfolger seines Vaters Kaiser Wilhelm I.

Als Kaiser Friedrich III. bereits am 15. Juni 1888, nach nur 99 Tagen Regierungszeit, an einer unheilbaren Krankheit (Kehlkopfkrebs) starb, übernahm Wilhelm II. (1859-1941, ein Enkel des Reichsgründers Wilhelm I.) den Kaiserthron. Kaiser Wilhelm II. war ein gebildeter Mann (Studium der Rechts- und Staatswissenschaften), aber der 29jährige Kaiser war damals noch ein unerfahrener Herrscher.

Kaiser Wilhelm II. eröffnete am 25. Juni 1888 im Weißen Saal des Berliner Schlosses den Reichstag mit folgender Thronrede (x980/...): >>Geehrte Herren!

Mit tiefer Trauer im Herzen begrüße Ich Sie und weiß, daß Sie mit Mir trauern. Die frische Erinnerung an die schweren Leiden Meines Hochseligen Herrn Vaters, die erschütternde Tatsache, daß Ich drei Monate nach dem Hintritt weiland Seiner Majestät des Kaisers Wilhelms berufen war, den Thron zu besteigen, üben die gleiche Wirkung in den Herzen aller Deutschen, und unser Schmerz hat warme Teilnahme in allen Ländern der Welt gefunden. Unter dem Drucke desselben bitte Ich Gott, Mir Kraft zur Erfüllung der hohen Pflichten zu verleihen, zu denen Sein Wille Mich berufen hat.

Dieser Berufung folgend, habe Ich das Vorbild vor Augen, welches Kaiser Wilhelm nach schweren Kriegen, in friedliebender Regierung seinen Nachfolgern hinterlassen, und dem auch Meines Hochseligen Herrn Vaters Regierung entsprochen hat, soweit die Betätigung seiner Absichten nicht durch Krankheit und Tod verhindert worden ist.

Ich habe Sie, geehrte Herren, berufen, um vor Ihnen dem Deutschen Volke zu verkünden, daß Ich entschlossen bin, als Kaiser und als König dieselben Wege zu wandeln, auf denen Mein Hochseliger Herr Großvater das Vertrauen seiner Bundesgenossen, die Liebe des Deutschen Volkes und die wohlwollende Anerkennung des Auslandes gewonnen hat. Daß auch Mir dies gelinge, steht bei Gott, erstreben will Ich es in ernster Arbeit.

Die wichtigsten Aufgaben des Deutschen Kaisers liegen auf dem Gebiete der militärischen und politischen Sicherstellung des Reiches nach Außen, und im Innern in der Überwachung der Ausführung der Reichsgesetze. Das oberste dieser Gesetze bildet die Reichsverfassung, sie zu wahren und zu schirmen, in allen Rechten, die sie den beiden gesetzgebenden Körpern der Nation und jedem Deutschen, aber auch in denen, welche sie dem Kaiser und jedem der verbündeten Staaten und deren Landesherrn verbürgt, gehört zu den vornehmsten Rechten und Pflichten des Kaisers. ...

Im Vertrauen auf Gott und auf die Wehrhaftigkeit unseres Volkes hege Ich die Zuversicht, daß es uns für absehbare Zeit vergönnt sein werde, in friedlicher Arbeit zu wahren und zu festigen, was unter Leitung Meiner beiden in Gott ruhenden Vorgänger auf dem Throne kämpfend erstritten wurde.<<

Bismarcks Rücktritt

Im Januar 1890 lehnte der Reichstag eine weitere Verlängerung des 1878 erlassenen Sozialistengesetzes (zur Unterdrückung der sozialistischen Arbeiterbewegung) ab. Als sich Reichskanzler Bismarck im Februar 1890 dem sozialpolitischen Programm des Kaisers widersetzte, wurde Kaiser Wilhelm II. von seinen persönlichen Beratern gedrängt, Bismarcks eigenmächtigen Führungsstil ("Vormundschaft des Alten") nicht länger zu akzeptieren.

Der erfahrene Reichskanzler erklärte am 18. März 1890 seinen Rücktritt und wurde Ende März durch Kaiser Wilhelm II. (fast unehrenhaft) entlassen.

Otto von Bismarck schrieb später über seine letzten Arbeitstage in Berlin (x237/201): >>Am 26. März verabschiedete ich mich bei dem Kaiser. Seine Majestät sagte, "nur die Sorge für meine Gesundheit" habe ihn bewogen, mir den Abschied zu erteilen. Ich erwiderte, meine Gesundheit sei in den letzten Jahren selten so gut gewesen, wie im vergangenen Winter. ...

Am 29. März verließ ich Berlin ... unter den vom Kaiser im Bahnhof angeordneten militärischen Ehrenbezeugungen, die ich ein Leichenbegängnis erster Klasse mit Recht nennen konnte. ...<<

Bismarck zog sich nach dem Rücktritt verbittert auf seinen Besitz in Friedrichsruh (im Sachsenwald bei Hamburg) zurück.

Otto von Bismarck war spätestens seit der Reichsgründung bis zu seiner Entlassung unbestritten der führende Staatsmann und der eigentliche Herrscher Preußens bzw. des Deutschen Reiches. Der außergewöhnliche Staatsmann und Meister der Diplomatie, der sich besonders wegen seiner Durchsetzungskraft und seines Mutes, eigene Fehler einzugestehen und zu berichtigen, auszeichnete, bestimmte länger als 28 Jahre die Außen- und Innenpolitik des Deutschen Reiches. Er zählte sicherlich zu den fähigsten Politikern der deutschen Geschichte und prägte Deutschland zu einer Wirtschaftsmacht von Weltformat.

Bismarcks vorausblickende, vorsichtige Bündnispolitik ermöglichte eine friedliche Entwicklung in Europa und begründete gegenüber fast allen europäischen Nachbarn eine solide Vertrauensbasis. Als der "Bewahrer des europäischen Friedens" und des "militärischen Gleichgewichts" im Jahre 1890 seinen Platz zwangsweise räumen mußte, nahm man die Entlassung des angesehenen Politikers in fast allen europäischen Hauptstädten mit Bedauern und großer Besorgnis auf.

Bismarck sagte später über sein politisches Lebenswerk (x069/67): >>Es war eine schwere Arbeit, uns zusammenzubringen; schwerer aber noch dürfte es sein, uns zu trennen! ...<<

Max Weber (1864-1920, Nationalökonom und Soziologe, galt als Begründer der Religions- und Wissenschaftssoziologie) schrieb später über Bismarcks Rücktritt (x058/240, x176/204):

>>Ein Vierteljahrhundert stand an der Spitze Deutschlands der letzte und größte Junker, und die Tragik, welche seiner staatsmännischen Laufbahn neben ihrer unvergleichlichen Größe anhaftete und die sich heute noch immer den Blick vieler entzieht, wird die Zukunft wohl darin finden, daß unter ihm das Werk seiner Hände, die Nation, der er die Einheit gab, langsam und unwiderstehlich ihre ökonomische Struktur veränderte und eine andere wurde, ein Volk, das andere Ordnungen fordern mußte, als solche, die er ihm geben und denen seine cäsarische Natur sich einfügen konnte.

Im letzten Grunde ist eben dies es gewesen, was das teilweise Scheitern seines Lebenswerkes herbeigeführt hat. Denn dieses Lebenswerk hätte doch nicht nur zur äußeren, sondern auch zur inneren Einigung der Nation führen sollen, und jeder von uns weiß: das ist nicht erreicht. Es konnte mit seinen Mitteln nicht erreicht werden. ...<<

>>... Was war Bismarcks politisches Erbe? Er hinterließ eine Nation ohne alle und jede politische Erziehung. ... Und vor allem eine Nation ohne allen und jeden politischen Willen, gewohnt, daß der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schrieb später über Bismarcks Rücktritt

(x281/39): >>... Bismarck, der zeitlebens ein listiger Politiker, aber kein Hasardeur war, wußte genau, in welcher fiebrigen Erregung sich die Völker befanden. Die Stimmung der Zeit war aufgekratzt, viele waren geradezu fanatisch auf Eroberung und Unterwerfung aus. Er aber wußte: Wer mehr wollte, würde weniger bekommen.

Der junge Kaiser Wilhelm II. sah es anders. Bismarck mußte im März 1890 abtreten und der Monarch ging unverzüglich daran, die nachfolgenden Politiker auf einen "neuen Kurs" festzulegen. "Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir verlangen auch unseren Platz an der Sonne", meldete der Außenminister des Reiches, Bernhard von Bülow, die deutschen Begehrlichkeiten an. ...<<

Als der sog. "eiserne Reichskanzler" bzw. "Lotse" Otto von Bismarck am 30. Juli 1898 starb, wurde sein langer Todeskampf durch düstere Visionen erschwert.

Bismarcks letzte Worte waren angeblich (x063/449): >>... Hilf! Hilf! ... Serbien ... Türkei ... Rußland ... Aber Deutschland! Deutschland! Deutschland! ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtete später (im Jahre 1998) über Bismarcks Lebensweg (x887/...): >>**Politisches Werden Otto von Bismarcks zum Reichskanzler und aktuelle Bezüge seiner Politik für uns**

... Doch er ahnte auch die Gefahren, die dem Reich nach seinem Abgang drohten. ... Und aus dem Jahre 1898 sind seine Worte überliefert: "Zwanzig Jahre nach dem Tode Friedrichs des Großen kam Jena, und zwanzig Jahre nach meinem Ableben wird Deutschland zusammenbrechen, wenn es so weiter regiert wird."

1918 brach in der Tat das Deutsche Reich militärisch zusammen, es brachen seine drei großen Stützen, die Dynastien, das Heer und die obrigkeitliche Staatsmacht.<<

Kaiser Wilhelm II.

Kaiser Wilhelm II., der sich besonders gern mit herrischer Miene, prächtiger Uniform mit Adlerhelm und Säbel präsentierte, war ein großer Bewunderer des britischen Weltreiches. Die Briten waren damals die Beherrscher der Weltmeere und besaßen ein riesiges Weltreich ("in dem die Sonne nicht unterging").

Der ehrgeizige deutsche Kaiser war nicht bereit, sich weiterhin von den Briten übertrumpfen lassen und im Schatten der Großmächte zu stehen, sondern er wollte das Deutsche Reich "herrlichen Zeiten" entgegenführen ("Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser").

Die neue Kriegsflotte sollte vor allem die deutschen Kolonien und die deutsche Exportwirtschaft in aller Welt schützen. England, die größte Seemacht der Welt, betrachtete damals den Ausbau der deutschen Flotte natürlich äußerst mißtrauisch. Der deutsche Hochseeflottenbau, die starke Industrie- und Handelskonkurrenz, die deutsche Kolonialpolitik und die zunehmenden deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen (die erste Eisenbahnkonzession in Kleinasien von 1888 sowie die Konzession für die Errichtung der Bagdadbahn im Osmanischen Reich von 1899) verschärfen zusätzlich die britisch-deutschen Spannungen.

Kaiser Wilhelm II. erklärte am 24. Februar 1892 während einer Rede vor dem Brandenburgischen Provinziallandtag (x056/276): >>Es ist ja leider jetzt Sitte geworden, an allem, was seitens der Regierung geschieht, ... herumzumäkeln. Unter den wichtigsten Gründen wird den Leuten ihre Ruhe gestört und ihre Freude am Leben und Gedeihen unseres gesamten großen deutschen Vaterlandes vergällt. ...

Den ewigen mißvergnüglichen Anspielungen über den neuen Kurs und seine Manöver erwidere ich ruhig und bestimmt: "Mein Kurs ist der richtige, und er wird weiter gesteuert!" ...<<

Der junge deutsche Kaiser vernachlässigte später Bismarcks deutsch-russische Bündnispolitik, so daß Frankreich und Rußland schon 1893 ein Militärbündnis gegen das Deutsche Reich abschlossen. Wilhelm II. war ein selbstgefälliger, unentschlossener Monarch, der keinen diplomatischen Instinkt für politische Realitäten besaß. Der "geräuschvolle" Kaiser führte häufig

unüberlegte Reden ("markiges Säbelrasseln") und beging im Verlauf seiner Regierungszeit völlig unnötige Fehler, die das Deutsche Reich fast völlig isolierten und schließlich hoffnungslos in den österreichisch-ungarischen Balkankonflikt (Serbien) verstrickten.

Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1819-1901, von 1885-94 Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1894-1900 Reichskanzler) wurde im Jahre 1894 von Kaiser Wilhelm II. zum deutschen Reichskanzler ernannt.

Generalfeldmarschall Alfred von Waldersee berichtete damals über diese Personalentscheidung des Kaisers (x237/203): >>Über die Wahl Hohenlohes herrscht, man kann sagen, allgemeines Erstaunen. Nach meiner Meinung ist er überhaupt nur möglich, wenn man ihm einen Vizekanzler für die eigentliche Arbeit zur Seite stellt.

Natürlich wird er dem Kaiser zunächst durch seine Schwäche und Nachgiebigkeit sehr angenehm sein. ...<<

Kaiser Wilhelm II. ließ am 3. Januar 1896 eine Depesche an Paul Krüger (1825-1924, Präsident des Burenstaates Transvaal) senden und gratulierte zur erfolgreichen Vertreibung der britischen Eindringlinge. Die sog. "Krüger-Depesche" wurde von den meisten Briten als schwere Provokation gegen Großbritannien eingestuft.

Friedrich A. von Holstein, inoffizieller Leiter der deutschen Außenpolitik, erklärte 1897 während einer Unterhaltung mit dem britischen Botschafter (x063/458): >>... daß Seine Majestät (Wilhelm II.) als das Kind oder der Narr behandelt werden muß, der er ist ...<<

Der deutsche Kaiser lehnte es grundsätzlich ab, Bismarcks undankbare Vermittlerrolle zu übernehmen. Kaiser Wilhelm II. wollte die bisherige europäische Machtposition nicht nur erhalten, sondern das Deutsche Reich (die sog. "verspätete Nation") sollte endlich eine angemessene europäische Vormachtstellung erlangen ("Griff nach der Weltmacht").

Von 1887-1896 steigerte die deutsche Industrie ihren Welthandelsanteil um 214 % (x090/237). Nach diesem rasanten Aufstieg zur zweitstärksten Industrienation wurde die Wirtschaftskraft des Deutschen Reiches größtenteils überschätzt. Diese Fehleinschätzungen führten zu zahlreichen außenpolitischen Fehlentscheidungen. Das Deutsche Reich, das Bismarck vorsichtig in das komplizierte europäische Mächtesystem eingeordnet hatte, entwickelte sich schon bald zu einer "ruhelosen, unbequemen Großmacht".

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über Kaiser Wilhelm II. (x287/166): >>... Bis heute ist es eine Streiffrage, ob er als Integrationsfigur seine Zeit, die Wilhelminische Epoche, geprägt hat, oder ob er nur Repräsentant seiner Zeit war.

Nicht unbegabt aber infolge eines körperlichen Mangels, wie die Psychohistorie zu betonen nicht ermüdet, unausgeglichen, trieb er die technische Entwicklung voran und förderte die Wissenschaften. 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründet, und auf Wilhelms II. Anregung kam das große Sammelwerk "Die Kultur der Gegenwart" heraus. Wenn es von 1901 bis 1918 achtzehn deutsche Nobelpreisträger in den Gebieten Physik, Chemie und Medizin gab, kann man sogar von einer Blütezeit der deutschen Wissenschaft sprechen.

Trotz alledem bedeutete die Unreife des ... Kaisers für ihn selber und seine Umgebung ein Problem. Der seit seiner Geburt verkrüppelte linke Arm verursachte Minderwertigkeitskomplexe, welche durch ein forciertes Selbstbewußtsein kompensiert wurden. Seiner Friedensliebe und grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg schienen seine Vorliebe für die Gardehusarenuniform und sein Imponiergehabe zu widersprechen.

Während sein Großvater noch preußischer König gewesen war und mit seiner Skepsis gegenüber dem Kaisertum schließlich recht behalten sollte, wandte sich der Enkel der imperialen Kaiseridee zu; er, der weder ein Friedenskaisertum durchzuhalten vermochte noch ein parlamentarisches Volkskaisertum ernsthaft zu begründen versuchte, trug mit seiner Einmischung in die Außenpolitik, seiner unüberlegten Redefreudigkeit, mit seinen Ansprüchen auf die

Weltgeltung des Deutschen Reiches, kurzum mit seinem persönlichen Regiment zur Selbsterstörung der Monarchie bei. ...<<

Wilhelm II. geriet später unter den Einfluß der konservativen preußischen Kräfte und bekämpfte in erster Linie den Deutschen Reichstag, die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften ("gegen Demokraten helfen nur Soldaten").

Gesellschaftliche Ordnung des Deutschen Kaiserreiches

Die gesellschaftliche Ordnung der damaligen Epoche kannte noch kein demokratisches Wahlrecht. Das sogenannte "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (von 1849 bis 1918) und in anderen Bundesstaaten war vom Einkommen bzw. von den gezahlten Steuern abhängig. In extremen Fällen verfügte damals ein Fabrikbesitzer über mehrere Hundert Wählerstimmen.

Der deutsche Historiker Heinz Dollinger (1929-2011) berichtete später über das "Dreiklassenwahlrecht" in Preußen (x056/263): >>Das Haus der Abgeordneten besteht aus 443 Mitgliedern, die aus allgemeinen Wahlen hervorgehen. Die Wahl ist mittelbar (indirekt) und zerfällt in 2 Handlungen: die Wahl der Wahlmänner, deren einer auf je 250 Seelen zu wählen ist (Urwahl), und die der Abgeordneten durch die Wahlmänner.

Zum Zwecke der Wahl werden die ... Wahlbezirke (Urwahlbezirke) von 750 bis 1.749 Seelen zerlegt. Die Urwahl erfolgt nach der Dreiklassenordnung, die ein Gleichgewicht der 3 Stände, der wohlhabenden, des Mittelstandes und der Unbemittelten herstellen soll. Die Urwähler werden innerhalb des Urwahlbezirkes nach ihren direkten ... Steuern in 3 Abteilungen so eingeteilt, daß jede Abteilung 1/3 der Gesamtsumme dieser Steuern ... umfaßt. Die zu wählenden Wahlmänner werden auf die Abteilungen gleichmäßig verteilt. Die Wahl der Wahlmänner erfolgt nach absoluter Mehrheit durch Stimmabgabe zu Protokoll. Als Wahlmann kann jeder Urwähler in seinem Urwahlbezirk gewählt werden. In gleicher Weise erfolgt die Wahl der Abgeordneten.<<

Nach der Aufhebung des Parteienverbots wurde im Jahre 1890 die "Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (SPD) neu gegründet, aber die damalige Politik dominierten in erster Linie Adel, Industrielle und bürgerliche Großgrundbesitzer. Der Einfluß der restlichen Parteien blieb zuerst noch relativ gering, aber die Arbeiterpartei der Sozialdemokraten, die bürgerlichen Parteien der Mitte und des Zentrums wurden infolge der verbesserten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zunehmend einflußreicher und selbstbewußter. Die Vertreter der Arbeiterpartei kritisierten damals öffentlich den stark ausgeprägten Militarismus, die ersten Anfänge des deutschen Imperialismus und den altbekannten Feudalismus. Die Arbeiterbewegung der Sozialdemokraten erhielt bei den Reichstagswahlen im Jahre 1890 bereits 1.427.000 Wählerstimmen und stellte 35 Abgeordnete.

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete später (am 28.11.2009) über die politische Kultur des Deutschen Kaiserreiches (x887/...): >>**US-Autorin klärt Deutsche auf**

Das Kaiserreich war viel demokratischer als andere Länder Europas

"Der lange Weg nach Westen" (Heinrich August Winkler) und "Der deutsche Sonderweg" (Hans-Ulrich Wehler) bezüglich Demokratie sind Schimären, wie dem Werk der Professorin für europäische Geschichte in Berkeley, Margaret Lavinia Anderson, zu entnehmen ist. In "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich" führt sie an, daß deutsche Männer (Frauenwahlrecht gab es noch nirgends) seit 1867 im Norddeutschen Bund gleich und geheim und seit 1871 im Reich wählen durften.

Nur die Griechen und Franzosen (1844/1852) durften früher mitentscheiden. Gleiches Wahlrecht gab es in England erst 1949, in den gesamten USA erst 1965. Deutsche wählten bis 1893 alle drei, dann alle fünf Jahre, Briten normalerweise nur alle sieben Jahre. Der Reichstag wählte zwar nicht die Regierung, war aber praktisch so mächtig wie andere Parlamente.

Anderson entdeckte in zehn Jahren Forschung bis in Lokalblätter hinein in Deutschland eine höhere Wahl- und politische Kultur als anderswo: Kaum Gewalt, Betrug und Bestechung, die man noch nach 1945 in den USA beklagte, jedoch, wie überall, Druck von Mächtigen in Wirtschaft und Verwaltung. Aber die Wahlprüfkommission des Reichstags annullierte nach solchen Verstößen, besonders amtlicherseits, meist die Wahl und verfügte eine Neuwahl. Bestechung von Kommunen durch sachlich nicht gebotene Investitionen, wie in Frankreich üblich, "verletzte das deutsche Gefühl für Anstand" und scheiterte am Rechtsbewußtsein der Beamten.

Weil der "Obrigkeitsstaat" vor allem Rechtsstaat war, schützte er die Wähler besser als andere Staaten. Im Reich waren Wahlanfechtungen staatlich und kostenlos, in England teure Privatsache; in den USA sind sie noch heute schwierig. Die Bürger bestanden mit Zivilcourage auf ihren Rechten und bildeten eher als anderswo starke Parteien, die Halt und echte Alternativen boten - und Beobachter für ordnungsgemäße Wahlen. Ergriff der bejubelte letzte Kaiser Partei, gewann die Opposition. So wurden Zentrum und Sozialisten während des Kulturkampfes und der Sozialistengesetze immer stärker.

Jeder Abgeordnete war gemäß Verfassung Vertreter des ganzen Volkes. Auch ein Mitglied der bis 1890 praktisch verbotenen Sozialistischen Arbeiterpartei konnte sich zur Wahl stellen. Er konnte in der vierwöchigen Wahl(kampf)zeit, oft verlängert durch Stich- und Nachwahlen, alle sonst verbotenen Schriften im Wahlkampf verbreiten und Wahlveranstaltungen durchführen. Polizeiliche Verstöße wurden schnell korrigiert. Der Reichstag hob durch einfaches Votum vorherige Verhaftungen und Gerichtsverfahren für die Wahlperiode auf. Es gab Fairneß: So sammelten bürgerliche Progressive große Summen für Familien von Sozialisten, die Hamburg aufgrund der Sozialistengesetze ausgewiesen hatte; Zentrumsabgeordnete waren Strafverteidiger für Sozialisten.

In Wahlversammlungen wählten die Anwesenden den Vorsitzenden; waren die Gegner in der Mehrheit, konnte es auch einer der ihnen sein. Nach dem Hauptredner kam immer eine andere Partei durch einen "Diskussionsredner" mindestens 30 Minuten zu Wort.

Andersons Buch gilt in den USA als akademisches Standardwerk zur Geschichte des deutschen Kaiserreichs. So sah es auch die "Historische Zeitschrift" ("ein Muß") und forderte eine Übersetzung. Diese gibt die lebensnahe, anekdotenreiche Schilderung der unterschiedlichen politischen Gegebenheiten in den Bundesstaaten originalgetreu wieder.

Die "Lehrjahre der Demokratie" bieten gute Lehren für die heutige politische Praxis und unser Geschichtsbild.

Margaret Lavinia Anderson: "Lehrjahre der Demokratie - Wahlen und politische Kultur im Deutschen Kaiserreich", ... Stuttgart 2009 ...<<

Bilanzierung und Bewertung des Deutschen Reiches

Die deutsche Kaiserproklamation, die am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal von Versailles stattfand, wurde von den Franzosen als nationale Demütigung empfunden. Bismarck hatte Versailles jedoch in erster Linie gewählt, weil Berlin die preußische Vorherrschaft zu deutlich gemacht hätte.

Der preußische König Wilhelm I. erklärte am Abend vor der Kaiserproklamation unter Tränen (x215/340): >>Morgen ist der unglücklichste Tag meines Lebens, morgen tragen wir das preußische Königtum zu Grabe. ...<<

Wilhelm I. verkündete am 18. Januar 1871 während der Kaiserproklamation in Versailles (x105/124):

>>An das deutsche Volk!

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, nachdem die deutschen Fürsten und Freien Städte den einmütigen Ruf an Uns gerichtet haben,

mit Herstellung des Deutschen Reiches die seit mehr denn 60 Jahren ruhende Kaiserwürde zu erneuern und zu übernehmen, und nachdem in der Verfassung des Deutschen Bundes die entsprechenden Bestimmungen vorgesehen sind, bekunden hiermit, daß Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde anzunehmen.

Demgemäß werden Wir und Unsere Nachfolger an der Krone Preußen fortan den kaiserlichen Titel in allen Unsern Beziehungen und Angelegenheiten des Deutschen Reiches führen und hoffen zu Gott, daß es der deutschen Nation gegeben sein werde, unter dem Wahrzeichen ihrer alten Herrlichkeit das Vaterland einer segensreichen Zukunft entgegenzuführen.

Wir übernehmen die kaiserliche Würde in dem Bewußtsein der Pflicht, in deutscher Treue die Rechte des Reiches und seiner Glieder zu schützen, den Frieden zu wahren, die Unabhängigkeit Deutschlands, gestützt auf die geeinte Kraft seines Volkes, zu verteidigen.

Wir nehmen sie an in der Hoffnung, daß dem deutschen Volk vergönnt sein wird, den Lohn seiner heißen und opfermütigen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren.

Uns aber und Unsern Nachfolgern an der Kaiserkrone wolle Gott verleihen, allzeit Mehrer des Deutschen Reiches zu sein, nicht an kriegerischen Eroberungen, sondern an den Gütern und Gaben des Friedens auf dem Gebiete nationaler Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung.<<

Der deutsche Historiker und nationalliberale Abgeordnete Heinrich von Sybel schrieb am 27. Januar 1871 über die Kaiserproklamation und die Gründung des Deutschen Reiches (x261/-111): >>Meine Augen gehen herüber zu dem Extrablatt. Und die Tränen fließen mir über die Backen. Wodurch hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? Und wie wird man nachher leben? Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt. Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen? ...<<

Mit der Gründung des Deutschen Reiches und Herstellung der nationalen Einheit krönte Bismarck seine politische Arbeit. Durch die Vereinigung fast aller deutschen Volksstämme verwirklichte Bismarck einen jahrhundertealten deutschen Traum, den sich die anderen großen europäischen Völker längst erfüllt hatten. Die Deutschen, die nach dem Dreißigjährigen Krieg seit 1648 unentwegt durch die europäischen Großmächte gegängelt und bevormundet wurden, waren nach der Reichsgründung im Jahre 1871 endlich wieder unabhängig und handlungsfähig. Nach mehr als 200jährigen verbissenen Anstrengungen und erbitterten Auseinandersetzungen waren die Deutschen endlich wieder souverän.

Der Sieg über Frankreich hatte in den deutschen Staaten zwar eine Welle der nationalen Begeisterung entfacht, aber die Bildung eines vereinten deutschen Staates war trotzdem noch äußerst schwierig, denn Bismarck mußte damals 22 deutsche Einzelstaaten und 3 Freie Städte vereinigen.

Der neue deutsche Nationalstaat sollte nicht wieder durch den Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn belastet und gefährdet werden, deshalb verzichtete man ausdrücklich auf die Aufnahme der Österreicher. Nach dem preußisch-österreichischen Bürgerkrieg (1866) mußten die Habsburger erneut schwere Prestigeverluste hinnehmen.

Trotz des großen Widerstandes der katholischen Kirche und der süddeutschen Fürsten, die sich naturgemäß gegen eine Vorherrschaft der protestantischen Preußen wehrten, konnte nach zähen Verhandlungen und der Zusicherung von vielfältigen Sonderrechten schließlich ein Zusammenschluß der deutschen "Nord- und Südstaaten" (ohne Österreich-Ungarn) erreicht werden.

Das Deutsche Reich wurde als Bundesstaat ("ewiger Bund") mit 25 Ländern (22 Fürstentümer und 3 Freie Städte) gegründet und war mit 40,8 Millionen Einwohnern und rd. 541.000 qkm,

nach Rußland und Österreich-Ungarn, der drittgrößte Staat Europas. Die außenpolitischen Erfolge begünstigten auch die innenpolitische Entwicklung des Deutschen Reiches und gaben der Monarchie den erforderlichen Halt. Preußen besaß mit rd. 65 % der gesamten Fläche und rd. 62 % der Bevölkerung ein bedeutendes Übergewicht und stellte den deutschen Kaiser, der das Deutsche Reich völkerrechtlich vertrat und den militärischen Oberbefehl besaß.

Das Deutsche Kaiserreich von 1871 war kein Obrigkeitsstaat, sondern eine konstitutionelle (halbparlamentarische) Monarchie. Der Kaiser ernannte und entließ den Reichskanzler.

Das preußische Staatsministerium war mit der deutschen Reichsregierung praktisch identisch. Der deutsche Reichskanzler war gleichzeitig preußischer Ministerpräsident. Er war für die Führung der Reichspolitik verantwortlich. Die deutschen Bundesländer behielten ihre Verfassungen und Parlamente. Alle Bundesländer verfügten weiterhin fast uneingeschränkt über direkte Steuern. Bayern und Württemberg erhielten außerdem Sonderrechte (Heer, Bahn und Post).

Die Heeresstärke des Deutschen Reiches betrug 1871 rd. 402.000 Soldaten (ca. 1 % der deutschen Bevölkerung). Von 1871-92 wurde die deutsche Armee nicht vergrößert. Bismarck hielt die deutschen Militaristen, im Gegensatz zu seinen Nachfolgern, "am kurzen Zügel". Für Bismarck hatten nach der Reichsgründung die politischen Entscheidungen grundsätzlich Vorrang.

Der deutsche Historiker Karl Erich Born schrieb später über die Stellung Preußens im Deutschen Reich von 1871 (x176/200): >>Preußen war größer und stärker als alle anderen Bundesstaaten zusammengenommen: Über die Hälfte des Reichsgebietes waren preußisch; die wichtigsten Rohstoffgebiete und Industrien Deutschlands lagen in Preußen; mehr als zwei Drittel des Reichsheeres waren preußische Truppen.

Dem Kaiser standen die Machtmittel, die er als König von Preußen besaß, zu Gebote, und hinter dem Reichskanzler stand die Macht des preußischen Staatsministeriums (d.h. der preußischen Regierung); denn er war ... gleichzeitig auch preußischer Ministerpräsident.<<

Ekkehard Kuhn schrieb später in seinem Buch "Nicht Rache, nicht Vergeltung ..." über das damalige Nationalbewußtsein der Deutschen (x024/16-17): >>... Während sich bereits im Mittelalter Nationalstaaten ausbildeten, hat das nationale Element in der deutschen Politik bis 1871 nur eine untergeordnete Rolle gespielt.

Die dem "Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" (häufig auch "deutscher und welscher Nation") zugrunde liegende Staatsidee war universal, nicht national. Es gab kein nationales politisches Zentrum, das Eigenbewußtsein der deutschen Stämme dominierte gegenüber dem Nationalgefühl. Auch das 1871 geschaffene Bismarck-Reich bildete strenggenommen keinen echten Nationalstaat, da es mit Österreich und der deutschen Schweiz wesentliche Gruppen der deutschen Nation ausschloß. Die nationale Vereinigung der Deutschen vollzog sich also mit jahrhundertelanger Verspätung gegenüber den Nachbarvölkern, und sie gelang nur unvollständig.

Daß die Deutschen eine eigene nationalstaatliche Tradition haben, ist jedoch unbestritten, auch wenn sie später beginnt als bei Franzosen, Briten und Spaniern. Sie entstand als Folge der Aufklärung im späten 18. und 19. Jahrhundert – zugleich mit dem Aufkeimen etwa des italienischen und slawischen Nationalismus – und verband sich mit den politischen Idealen des Bürgertums, mit Liberalismus und Demokratie.

Gerade die so achtenswerten demokratischen Wurzeln der deutschen Geschichte sind den Bürgern viel zu wenig bekannt und bewußt, von möglichem Stolz darüber ganz zu schweigen.<<

Für die europäischen Großmächte bedeutete die Gründung des deutschen Reiches eine grundlegende Änderung der bisherigen Machtverhältnisse. Die deutschen Länder, die seit dem Dreißigjährigen Krieg von den europäischen Großmächten dominiert wurden, stiegen durch

die Reichsgründung zu einer wehrhaften europäischen Macht auf.

Nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 wollte Reichskanzler Bismarck weitere Konflikte mit anderen Großmächten unbedingt vermeiden, deshalb war Bismarcks Außenpolitik von defensiven und absichernden Bündnissen geprägt. Bismarcks Verteidigungsbündnisse und Verträge sicherten damals den Frieden in Europa, denn sie verhinderten in erster Linie einen Zusammenschluß der Franzosen und Russen.

Das Deutsche Reich wurde von Großbritannien zunächst "großzügig" geduldet, da trotz des preußisch-österreichischen Bürgerkrieges (1866) und des französisch-preußischen Krieges (1870/71) das Gleichgewicht der europäischen Kräfte erhalten blieb. Durch das "neue" Deutsche Reich wurde Mitteleuropa sogar erheblich gestärkt, denn Rußland erhielt erstmalig wieder einen erstzunehmenden westeuropäischen Gegner. Bismarcks Außenpolitik, die sich hauptsächlich auf Europa beschränkte, entsprach damals den britischen Vorstellungen. Erst als sich das Deutsche Reich allmählich zu einer führenden Industriemacht entwickelte und der deutsche Kaiser Wilhelm II. später versuchte, direkt in die Weltpolitik einzugreifen, sollte sich dieses freundschaftliche deutsch-britische Verhältnis grundlegend verändern.

Nach der Bildung des Deutschen Reiches verlagerte sich der politische Schwerpunkt der Macht erstmals in die Mitte Europas und veränderte die bisherigen europäischen Machtverhältnisse elementar, denn das "kleindeutsche Bismarck-Reich" gewann überraschend schnell maßgeblichen Einfluß in Europa. Aufgrund seiner geographischen Lage übernahm das Deutsche Reich zwangsläufig die undankbare Aufgabe des "ungeliebten Mittlers" zwischen West-, Nord-, Ost- und Südeuropa.

Als die Donaumonarchie immer stärker durch den radikalen Pan- und Jugoslawismus bedroht wurde, schlossen Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich am 7. Oktober 1879 den sog. "Zweibund" gegen Rußland, der bis 1918 in Kraft blieb und gegenseitige Hilfsleistungen bei einem russischen Angriff garantierte (x090/228). Dieses verhängnisvolle Bündnis, das später den Ausbruch des Ersten Weltkrieges (1914-18) förderte, wurde damals vom österreichischen Volk begeistert gefeiert.

Der deutsche Historiker Dr. Willi Eilers berichtete später über Bismarcks Außenpolitik (x057/167): >>... Durch die Reichsgründung war eine neue Lage in Europa geschaffen worden. An die Stelle des machtlosen Deutschen Bundes war das geeinte Deutsche Reich getreten. Im Herzen Europas gelegen, mit ausgedehnten, schwer zu verteidigenden Grenzen, bedeutete ein Zweifrontenkrieg die größte Gefahr für das Deutsche Reich.

Bismarck, der die auswärtige Politik Deutschlands im wesentlichen allein bestimmte, war ernstlich darauf bedacht, das Deutsche Reich zu sichern und in Europa den Frieden aufrecht zu erhalten.

Die größte Bedrohung für das junge Reich bedeutete nach wie vor die Haltung Frankreichs, daß Elsaß-Lothringen und die alte Stellung in Europa zurückgewinnen wollte. ...<<

Reichskanzler Bismarck setzte ab 1883 im Deutschen Reich vorbildliche Sozialgesetze (Krankenkassenversicherung = 1883, Unfallversicherung = 1884 sowie Invaliditäts- und Rentenversicherung = 1889) durch, die in der damaligen Zeit einmalig und geradezu revolutionär waren. Die Sozialdemokraten lehnten Bismarcks Sozialgesetze zunächst als "Almosen" ab, aber dieses soziale Versicherungswesen setzte sich trotz aller Kritik erfolgreich durch und schützte nach der Einführung fast alle Schichten der Gesellschaft eindrucksvoll und nachhaltig vor der bisherigen bitteren Not und Verelendung.

Kaiser Wilhelm II. ("Ich will auch ein Kaiser der Armen sein.") und die Weimarer Republik setzten Bismarcks Sozialpolitik später fort. Die Angestellten- und Arbeitslosenversicherung folgten in den Jahren 1911 und 1927.

Nach Bismarcks Rücktritt begann der leichtfertige, sorglose deutsche Kaiser Wilhelm II schon bald einen politischen "Zick-Zack-Kurs", der in Frankreich, Rußland und England mißtrauisch

beobachtet wurde.

Der Diplomat Friedrich von Holstein (1837-1909, von 1878-1906 Vortragender Rat im Auswärtigen Amt, sog. "graue Eminenz" und einflußreicher Intrigant) wurde nach Bismarcks Rücktritt persönlicher Berater des Kaisers. Holstein übernahm außerdem als Vortragender Rat im Auswärtigen die inoffizielle Leitung der deutschen Außenpolitik, die er von 1890 bis 1906 wiederholt unheilvoll beeinflusste (x069/89).

Bismarck schrieb später in seinen Erinnerungen über die "Personalpolitik" des deutschen Kaisers (x237/200): >>Frühere Herrscher sahen mehr auf Befähigung als auf Gehorsam ihrer Ratgeber; wenn der Gehorsam allein das Kriterium ist, so wird ein Anspruch an die universelle Begabung des Monarchen gestellt, dem selbst Friedrich der Große nicht genügen würde, obschon die Politik in Krieg und Frieden zu seiner Zeit schwieriger war wie heute. ...<<

Ein Journalist schrieb später über die von Kaiser Wilhelm II. ernannten Minister (x237/203): >>Deutschland war, als der Weltkrieg begann, das wirtschaftlich stärkste, das best verwaltete, und am schlechtesten regierte Land Europas. ...<<

Dr. Hans Joachim Berbig (1935-2013) schrieb später über Kaiser Wilhelm II. (x287/166): >>... Bis heute ist es eine Streiffrage, ob er als Integrationsfigur seine Zeit, die Wilhelminische Epoche, geprägt hat, oder ob er nur Repräsentant seiner Zeit war.

Nicht unbegabt aber infolge eines körperlichen Mangels, wie die Psychohistorie zu betonen nicht ermüdet, unausgeglichen, trieb er die technische Entwicklung voran und förderte die Wissenschaften. 1911 wurde die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin gegründet, und auf Wilhelms II. Anregung kam das große Sammelwerk "Die Kultur der Gegenwart" heraus. Wenn es von 1901 bis 1918 achtzehn deutsche Nobelpreisträger in den Gebieten Physik, Chemie und Medizin gab, kann man sogar von einer Blütezeit der deutschen Wissenschaft sprechen.

Trotz alledem bedeutete die Unreife des ... Kaisers für ihn selber und seine Umgebung ein Problem. Der seit seiner Geburt verkrüppelte linke Arm verursachte Minderwertigkeitskomplexe, welche durch ein forciertes Selbstbewußtsein kompensiert wurden. Seiner Friedensliebe und grundsätzlichen Abneigung gegen den Krieg schienen seine Vorliebe für die Gardehusarenuniform und sein Imponiergehabe zu widersprechen.

... Er ... trug mit seiner Einmischung in die Außenpolitik, seiner unüberlegten Redefreudigkeit, mit seinen Ansprüchen auf die Weltgeltung des Deutschen Reiches, kurzum mit seinem persönlichen Regiment zur Selbstzerstörung der Monarchie bei. ...<<

Obgleich das deutsche Volk in jener Zeit nur über beschränkte Mitwirkungsrechte verfügte, waren die Deutschen keine bedingungslos unterdrückten Untertanen. Im Deutschen Reich gab es viele hochgebildete, kritische Staatsbürger. Die deutschen Bildungseinrichtungen waren für damalige Verhältnisse international anerkannt und führend. Der Deutsche Reichstag entwickelte damals vorbildliche Gesetzeswerke (wie z.B. die Zivil- und Strafprozeßordnung: 1871/1877, das BGB: 1900) und zählte in jener Zeit zu den angesehensten europäischen Parlamenten. Die fortschrittlichen deutschen Gesetze wurden sogar oftmals komplett von Nachbarländern übernommen.

Thomas Woodrow Wilson (1856-1924, von 1913-1921 nordamerikanischer Präsident) lobte im Jahre 1892 die preußische Staatsführung (x063/379): >>Der preußische Staatsaufbau ist ein Vorbild für die höchste Entwicklung der Selbstverwaltung in Deutschland. Preußen hat sich bemüht, seine Verwaltung vollkommener auszubilden als irgendein anderer Staat Europas. ...<<

Schlußbemerkungen: Kaiser Wilhelm I. hatte nach der Annahme der Kaiserkrone und der Herstellung des Deutschen Reiches erklärt, daß er versuchen würde, die deutsche Nation einer segensreichen, friedlichen Zukunft entgegenzuführen, aber die europäischen Nachbarn Großbritannien, Frankreich und Rußland waren damals nicht bereit, ihre außenpolitischen Interes-

sen zu ändern oder ihre imperialistische Großmachtstellung zu Gunsten der Deutschen zu reduzieren und das neugegründete Deutsche Reich als gleichberechtigten Staat zu akzeptieren.